Altpreußische Zeitung

Elbinger Tageblatt.

Dieses Blatt (früher „Neuer Elbinger Anzeiger") erscheint werktäglich und kostet in Elbing pro Quartal 1,60 ℳ, mit Botenlohn 1,90 ℳ, bei allen Postanstalten 2 ℳ

Telephon-Anschluß Nr. 3.

Insertions-Aufträge an alle auswärtigen Zeitungen vermittelt die Expedition dieser Zeitung.

Inserate 15 ₰, Nichtabonnenten und Auswärtige 20 ₰ die Spaltzeile oder deren Raum, Reklamen 25 ₰ pro Zeile, Belagsexemplar 10 ₰. Expedition Spieringstraße 13.

Verantwortlich für den gesammten Inhalt: Max Wiedemann in Elbing.

Eigenthum, Druck und Verlag von H. Gaartz in Elbing.

Nr. 33. Elbing, Mittwoch, den 9. Februar 1898. 50. Jahrgang.

Revolutions-Chronik von 1848.

7. Februar. Berlin. Der vereinigte ständische Ausschuß, der über das neue Strafgesetz verhandelt, hat die Paragraphen über die Majestätsbeleidigung, die in ihren verschiedenen Graden Tod, Zuchthaus, Strafarbeit und Gefängniß nach sich ziehen soll, angenommen. Beleidigungen der Mitglieder des königl. Hauses sollen mit Strafarbeit und Gefängniß geahndet werden, nicht auch mit Zuchthaus, wie die Regierung forderte.

Karlsruhe. Rettig's Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe, gegen den sich die Regierung erklärt, wird von der zweiten Kammer zum Vorausdrucke angenommen und zur Berathung in die Abtheilungen verwiesen.

München. Die Bevölkerung zieht in Massen durch die Straßen. Die Mitglieder des Studentenkorps Alemannia (die Freunde der spanischen Tänzerin Lola Montez, der Geliebten des Königs Ludwig) werden überall mit Geheul, Pfeifen und Zischen empfangen. In der Universität können Rektor Thiersch und der herbeigeeilte Unterrichtsminister Fürst Wallerstein durch Zurufe und Ermahnungen die Studenten nur zeitweise und in ihrer nächsten Nähe beschwichtigen. In dem tumultuarischen Treiben auf der Straße schlägt ein Alemanne einem anderen Studenten in's Gesicht. Das ist die erste Gewaltthätigkeit dieser Art in dem ganzen Verlaufe der Aufregung. Abends tritt der Seniorenkonvent von fünf Korps zusammen und beschließt eine Eingabe an den Unterrichtsminister. Der Konvent erklärt, eine Aufrechthaltung der Ehre, der akademischen Freiheit in Verbindung mit der gesetzlichen Ordnung sei bei dem weiteren Bestande einer „Alemannia" für die Zukunft unmöglich. Sie bitten deshalb, zur Auflösung dieser „Alemannia" die nöthigen Schritte zu thun.

Basel. Im großen Rathe beantragt Professor Schönbein: Es möge von Baselstadt dahin gewirkt werden, daß folgende Bestimmungen bei Anlaß der Bundesrevision in die neue Bundes-Urkunde aufgenommen werden: 1) Jeder Schweizer hat das Recht, in jedem Theile der Eidgenossenschaft sein Bekenntniß frei, ungehindert und öffentlich auszuüben; 2) es giebt in der ganzen Eidgenossenschaft keine politischen Beschränkungen, welche sich an Religionsbekenntnisse knüpfen.

Der Antrag wird mit 42 gegen 20 Stimmen dem kleinen Rathe zur Begutachtung überwiesen.

London. Im Unterhause beginnen die Debatten über die Gleichstellung der Juden mit den Christen. Für die Gleichstellung laufen viele Petitionen ein.

Paris. In der Deputirtenkammer wird unter ungeheurem Zudrange des Publikums die Diskussion über den letzten Paragraphen des Adreß-Entwurfs an den König, über die Reform-Bankette, eröffnet.

Pavia. Bei einer Begräbnißfeier kommt es zu einem ernsten Konflikt zwischen Militär und Zivil.

Die lex Arons

beschäftigte am Montag das preußische Abgeordnetenhaus. Der mäßige Besuch der Sitzung bekundete, daß die reaktionäre Mehrheit den Verhandlungen über das Gesetz kein sonderliches Interesse entgegenbringt; auf die Erörterung der Gründe und Gegengründe kommt es ja den Herren von rechts weniger an, bei der Abstimmung werden sie schon zur Stelle sein und durch die Zahl der Stimmen das ersetzen, was ihren Gründen an Gewicht abgeht. Daß das Knebelgesetz für die Privatdozenten zur Annahme gelangt, darüber ist nach der Zusammensetzung des Hauses kein Zweifel; das ließ auch sogleich die erste Berathung der Vorlage erkennen. Auf der Journalistentribüne bemerkte man den Privatdozenten Dr. Arons, der sich fleißig Notizen machte. Die Berathung wurde vom Kultusminister Dr. Bosse mit einer längeren gewundenen Rede eingeleitet, in der er sich bemühte, die Nothwendigkeit der Vorlage darzuthun. Die bisherigen Vorschriften über das Disziplinarverfahren gegen Privatdozenten seien vielfach lückenhaft und in ihrer Auslegung mehrfach bestritten. Demnach erscheine es angezeigt, den Privatdozenten eine klarere und gesichertere Stellung als bisher zu gewähren. Der Kultusminister Dr. Bosse, der am festlichen Tische für die „reine Bergluft der Freiheit" schwärmt, in seinem Amtszimmer aber freudig der freiheitsfeindlichen Reaktion Dienste leistet, verfügt über die Gabe, schönklingende Redensarten in pathetischer Form vorzutragen, und er macht auch diesmal von dieser Gabe unter dem Beifall des Chores der Landräthe reichlichen Gebrauch, aber er blieb den wirklichen Beweis für die Nothwendigkeit der Vorlage schuldig. Vom Zentrum bestritt Abg. Dittrich die Nothwendigkeit einer solchen gesetzlichen Regelung; es werde auch ferner ohne Schwierigkeiten so gehen, wie es bisher gegangen sei. Wolle man durchaus eine Aenderung des geltenden Zustandes, so müßten Bürgschaften für ein unparteiisches Verfahren durch eine richterliche Behörde gegeben werden. Der Sprecher der Freikonservativen Ministerialrath Frh. v. Zedlitz trat natürlich voll und ganz für das Knebelgesetz ein, hat er doch als „Zeitungsgeheimrath" der „Post" die Regierung zum Vorgehen gegen den Privatdozenten Arons in zahllosen Artikeln aufzuhetzen gesucht. Er war auch der erste Redner, der den „Fall Arons" ausdrücklich erwähnte und damit dem Kultusminister Veranlassung gab zu der mit Lachen links aufgenommenen, fein ausgeklügelten Unterscheidung, daß der „Fall Arons" nicht der Grund, sondern nur der Anlaß des Gesetzes sei. Die ministerielle Weisheit wurde aber von dem folgenden Redner, dem Abg. Virchow von der Freisinnigen Volkspartei, einer gründlichen Kritik unterzogen. Daß gerade die Ausführungen dieses großen Gelehrten, die sich auf vieljährige wissenschaftliche Erfahrung gründen, für die Beurtheilung des Gesetzes schwer in die Wagschale fallen, unterliegt keinem Zweifel; daß sie aber bei der Polizeigesinnung der Mehrheit nicht genügende Beachtung finden, ist ebenso zweifellos. Abg. Virchow trat mit Wärme für die Freiheit des Privatdozententhums ein; mit der Beschränkung desselben werde eine der Wurzeln unseres gesammten wissenschaftlichen und gelehrten Lebens abgegraben, das den Ruhm und Stolz der deutschen Nation ausmache. Von der juristischen Seite beleuchtete später der zweite Redner der Freisinnigen Volkspartei, Abg. Munckel, den Gesetzentwurf und zeigte in geistvoller Ausführung, wie die Vorlage folgerichtig dahin führt, daß in Zukunft an den preußischen Hochschulen nur noch staatlich und ministeriell approbirte königlich preußische Wissenschaft gelehrt werden darf. Die Wissenschaft aber verlange Wahrheit und diese werde nicht vom Ministertische aus verzapft, sondern von der Vernunft. Niemand könne wissen, ob die gegenwärtige Staatsform ewig bestehen werde. Den Konservativen, welche seine Ausführungen wiederholt mit Lachen begleiteten, ließ Munckel einige kräftige Seitenhiebe zu Theil werden. Von den Konservativen sprachen die Abgg. Dr Irmer und Dr. Heydebrand für die Vorlage, während der „wild" gewordene Herr Stöcker einige schüchterne Bedenken wegen der christlich-sozialen Privatdozenten zum Vorschein brachte. Der Nationalliberale Dr. Friedberg erklärte, daß die Mehrheit seiner Partei für die Vorlage zu haben sein wird — natürlich, wer hätte auch daran gezweifelt! Nachdem noch die Zentrumsabgeordneten Dr. Porsch und Stephan (Beuthen) mit anerkennenswerther Entschiedenheit gegen das Gesetz sich ausgesprochen hatten, wurde die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Ein klassischer Zeuge.

Herr Bebel, wo bleibt der Kladderadatsch? Er ist doch mittlerweile fällig geworden. Die Zeit ist da, in welcher auf dem Wege der großen wirthschaftlichen Umwälzung die sozialistische Welterlösung erfolgen sollte. Auf der einen Seite eine immer stärkere Anhäufung des Großkapitals in wenigen Händen, auf der anderen Seite eine immer größere Verwendung der Waffen, eines Tages der Zusammenbruch dieser unhaltbaren bourgeoisen Weltwirthschaftsordnung, und siegreich flackert die rothe Fahne des allein seligmachenden Sozialismus über der zertrümmerten Gesellschaftsordnung, aus deren Ruinen das neue Leben des sozialdemokratischen Zukunftsstaates, des allbeglückenden Kommunismus machtvoll emporstrebt. Man hat die Botschaft vernommen, mit dem Glauben wird es schwach und schwächer.

Freilich, es giebt noch zahlreiche Sozialdemokraten, die mit Inbrunst auf die Offenbarungen der sozialistischen Propheten schwören. Unter den Führern der Sozialdemokratie wird man solche harmlosen Leute vergeblich suchen. Und es giebt eine noch größere Zahl von Sozialdemokraten, denen allmählig die Wahrheit aufdämmert und die nur so thun, als ob sie das glaubten, was sie zu glauben vorgeben. Beiden Arten von Sozialdemokraten macht die unaufhaltsam vordringende Wahrheit das Leben immer schwerer. Ein Hauptverdienst um die Einschränkung der Zukunftsstaatsfabulirerei haben sich die Schriften Eugen Richters, besonders diejenige über „Die Irrlehren der Sozialdemokratie" erworben. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei ist es besonders der Reichstagsabgeordnete von Vollmar, der dafür gesorgt hat, daß die Zukunftsstaatsherrlichkeiten nur noch ein stilles Dasein im Silberspind der guten Stube führen, die man bei Gelegenheit wohl einmal herausholt, um sie dem gläubigen Volk zu zeigen, aber immer mit der Mahnung: „Nicht so dicht heran!" denn das kann die Zukunftsstaatsphantasterei nicht gut vertragen.

Auf dem Parteitage der Sozialdemokraten zu Erfurt im Jahre 1891 hat Herr v. Vollmar die Kladderadatsch-Prophezeiungen Bebels verspottet, er nannte diesen einen Ekstasiker, einen verzückten Gläubigen. Worauf Herr Bebel erwiderte: „Wenn wir unser schönes Ziel in nebelhafte Ferne rücken und immer betonen, daß erst künftige Generationen es erreichen werden, dann läuft uns die Masse mit vollständigem Rucke auseinander." Damit ist doch klipp und klar zugegeben, daß man die Ausmalung der künftigen sozialistischen Glückseligkeit aber zum Gimpelfang braucht, daß sie nur Mittel ist zu dem Zwecke, möglichst viele Genossen zu gewinnen. Aber die unerbittliche Forschung und die nicht minder unerbittliche Wahrheit kümmern sich nicht im geringsten um die sozialdemokratischen Geschäftsspekulationen.

Es stehen immer neue Zeugen auf gegen Bebel. Einer der bedeutsamsten derselben ist Eduard Bernstein, der Londoner Mitarbeiter des „Vorwärts" und der „Neuen Zeit", einer der getreuesten und lautesten Bekenner des sozialdemokratischen Evangeliums. Derselbe ist aber daran und darauf, den Nachweis zu führen, daß die Sozialdemokratie den baldigen Zusammenbruch des gegenwärtigen Wirthschaftssystems keineswegs zu erwarten habe. Die letzte Berufszählung ergebe, daß die Lebensdauer der jetzigen Gesellschaft denn doch eine ganz andere Ausdehnung haben werde, als wie der Sozialismus es angenommen. Die größeren Kleinbetriebe und die Mittelbetriebe der Industrie zeigen durchaus keine Neigung, von der Bildfläche zu verschwinden. Im Handel und Verkehr, in der Landwirthschaft ist das Verhältniß der Mittelbetriebe zu den Großbetrieben noch sehr viel stärker als in der Industrie, und nach wie vor zeigt sich im Gewerbeleben eine außerordentliche Mannigfaltigkeit, Veränderlichkeit und Zerstückelung der Betriebe.

Die Sozialdemokratie hat danach nur höchst geringe Aussichten, ans Ruder zu kommen. Wird es ihr aber doch gelingen, so würde sie mit der schwersten Verlegenheit zu kämpfen haben, ja, wie Bernstein ausführt, sich geradezu vor eine unlösbare Aufgabe gestellt sehen. Sie könnte den Kapitalismus nicht wegdekretiren, ja, ihn nicht einmal entbehren, und auf der anderen Seite könnte sie ihm nicht diejenige Sicherheit gewährleisten, deren er bedarf, um seine Funktionen zu erfüllen. An diesem Widerspruch würde sie sich aufreiben und das Ende könnte nur eine kolossale Niederlage sein. Wohlgemerkt: Dies alles sagt einer der hervorragendsten Sozialdemokraten selber, einer der schärfsten Denker und umsichtigsten Beobachter der Partei. Er tröstet sich und die Genossen damit, daß eine innere bessere demokratische Betriebführung in der Industrie, eine Ausbildung der demokratischen Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz auch eine sozialistische Entwickelung darstellt. (!) Das Endziel des Sozialismus sei Nebensache, die Bewegung die Hauptsache.

Die Bernsteinschen Darlegungen sind ein neuer Beweis dafür, daß die sozialdemokratische Partei sich in einem Umbildungsprozeß befindet, an dessen Ende nicht der Sozialismus als Sieger stehen wird, sondern jene Demokratie, die mit dem Sozialismus nichts zu thun hat.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. Februar.

Das Gesetz über die Aufhebung der Amtskautionen wird in dritter Lesung angenommen.

Die Berathung des Postetats wird bei den Ausgaben Kapitel 3 „Betriebsausgaben" fortgesetzt.

Abg. Kopsch (freis. Volksp.) beantragt die Aufhebung der sogenannten Militärpostämter, d. h. der Postämter, zu deren Direktoren Offiziere ernannt werden. Heutzutage lägen den höheren Postbeamten so große Aufgaben ob, daß zu ihrer Erfüllung eine sorgsame Fachbildung gehöre.

Unterstaatssekretär Fritsch erwidert, daß sich die ehemaligen Offiziere im Postfach in jeder Hinsicht bewährt hätten. Die Qualifikation lasse sich nicht allein durch Examina erwerben, es kämen auch Organisationstalent, Pünktlichkeit und andere Eigenschaften in Betracht, die gerade dem Offizier eigen seien.

Abg. Graf Stolberg (kons.) betont, daß die Militärpostämter mindestens ebenso gut geleitet würden wie die andern Postämter.

Abg. Kopsch (freis. Volksp.) bemerkt, daß Pünktlichkeit nicht nur die Eigenschaft der Offiziere, sondern auch der Beamten sei. Der Antrag wird schließlich abgelehnt.

Beim Titel „Oberpostsekretäre und Postsekretäre" führt der Referent Abg. Paasche (natlib.) aus, daß das Verlangen der Postsekretäre, mit den Gerichtssekretären mechanisch gleichgestellt zu werden, unberechtigt sei. Wenn die Postsekretäre in etatsmäßige Stellen einträten, seien sie durchschnittlich 26 Jahre alt und erhielten 1700 Mk. Gehalt, die Gerichtssekretäre seien in diesem Falle 29 Jahre alt und erhielten nur 1500 Mk. Gehalt. Das Aufrückungsverhältniß sei im Postwesen sehr günstig.

Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.) hofft, daß den Wünschen der Postsekretäre wenigstens im nächsten Jahre Folge gegeben werde.

Beim Titel „Postassistenten" spricht Abg. Werner (dtschsoz. Refp.) seine Genugthuung darüber aus, daß der jetzige Staatssekretär dem Assistentenverbande wohlwollend gegenüberstehe, und wünscht Gehaltsaufbesserungen.

Abg. Müller-Sagan tritt für die Ausdehnung des Dienstalterstufensystems auf die Assistenten und Unterbeamten ein.

Staatssekretär v. Podbielski entgegnet, es kämen alljährlich 2000 Assistenten in Zugang, so daß man an den festen Prozentsätzen nicht festhalten könne.

Beim Titel „Telegraphistinnen und Telephonistinnen" wird aus dem Hause der Wunsch um eine erweiterte Verwendung und bessere Besoldung der weiblichen Kräfte ausgesprochen.

Staatssekretär v. Podbielski betont, daß es sich nicht zusammenreime, wenn man einerseits eine Verbilligung der Telephongebühren, andererseits eine Erhöhung der Bezüge der Telephonistinnen verlange.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (b. k F.) sagt, die Frauen könnten natürlich nur nach Maßgabe ihrer Leistungen bezahlt werden. Ausnahmen im Dienste zu Gunsten der Frauen dürften nicht gemacht werden; das wäre ja gerade für die Gegner der Frauenbewegung ein Argument gegen die Beschäftigung der Frauen.

Zum Titel „Unterbeamte" beantragt die Budgetkommission folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, das Anfangsgehalt der Postunterbeamten von 800 Mk. auf 900 Mk. zu erhöhen und die im Rechnungsjahr 1898 hierfür nöthigen Mittel durch einen Ergänzungsetat zu fordern."

Abg. Singer (Soz.) beantragt dagegen, bereits im vorliegenden Etat selbst die Erhöhung des Minimalgehalts auf 900 Mk. vorzunehmen.

Gleichzeitig zur Diskussion gestellt wird der Titel Landbriefträger, zu denen folgende Resolution der Budgetkommission vorliegt: „Den Reichskanzler zu ersuchen, das Endgehalt der Landbriefträger von 900 auf 1000 Mark zu erhöhen und die hierfür erforderlichen Mittel für das Rechnungsjahr 1898 durch einen Ergänzungsetat zu fordern."

Abg. Singer (Soz.) beantragt, auch diese Erhöhung des Maximalgehalts der Landbriefträger gleich im Etat selbst zu bewerkstelligen.

Geheimrath Naumann: Sowohl bei den Unterbeamten, wie den Briefträgern sei das Gehalt durchschnittlich pro Kopf um 29 Mk. erhöht worden.

Die Extraordinariums werden bewilligt.

Nächste Sitzung Dienstag: (Weiterberathung; kleine Vorlagen; ein Theil des Etat des Auswärtigen Amts.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 7. Februar 1898.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten.

Kultusminister Dr. Bosse: Die Disziplinarverhältnisse unserer Universitätslehrer sind zur Zeit derart geordnet, daß die Professoren den Disziplinargesetzen unterstehen, die Privatdozenten aber nicht. Die Verhältnisse der letzteren sind zum Theil garnicht, zum Theil nur lückenhaft statutarisch geregelt. Zur Entfernung eines Privatdozenten giebt es an einer Reihe von Universitäten selbst in den

schwersten Fällen kein Mittel, bei anderen kann sie von den Fakultäten selbstständig beschlossen werden, bei anderen wieder auf deren Antrag vom Minister. Weitere Fakultäten haben dem Minister nur Anzeige von der Remotion zu erstatten, und auch da wieder die einen vorher, die anderen nachher. Sogar die Statuten der Fakultäten einer und derselben Universität weichen in diesem Punkte ganz erheblich ab. Daß da eine einheitliche Regelung nothwendig ist, wird kein Mensch bestreiten. Die Stellung der Privatdozenten ist eine sehr wichtige. Sie ist außerdem in vielen Fällen die Vorstufe für die Professorenlaufbahn. Es scheint also ein unbestreitbares Recht des Staates zu sein, das Disziplinarrecht für die Privatdozenten möglichst analog dem für die Professoren geltenden zu gestalten, mit der selbstverständlichen Aenderung, die sich aus der eigenartigen Stellung der Privatdozenten ergiebt. Im Ganzen ist die Vorlage so einfach, daß ich eine ernstliche Opposition dagegen von vornherein nicht erwarten, vor allem nicht darauf gefaßt sein konnte, daß hoch angesehene Männer darin einen Angriff auf die Lehrfreiheit sehen, daß man sie geradezu als ein Maulkorbgesetz bezeichnen könnte. Der Entwurf hat den unleugbaren Vorzug, daß er den Privatdozenten eine gesicherte Stellung schafft. Auf die Lehrfreiheit wird er deshalb höchstens von günstigem Einfluß sein, denn er verbessert die Rechtsfrage der Stellung der Privatdozenten. Er giebt nicht der Willkür Raum, sondern beseitigt Willkür, wo sie jetzt etwa Platz greifen könnte. Es giebt ein förmliches, mit allen Kautelen umgebenes Rechtsverfahren, während heute in diesen Fakultäten die Entfernung ausgesprochen oder auch vom Rektor verfügt werden konnte, ohne daß der Betroffene gehört zu werden brauchte. Auch die Befugnisse des Ministers werden hinsichtlich einer ganzen Reihe von Universitäten ganz erheblich eingeschränkt. Deshalb gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß es in der Kommission gelingen wird, eine Einigung über die wichtige Vorlage zu erzielen.

Abg. Dr. Dittrich (Zentr.) giebt zu, daß der Rechtszustand hinsichtlich der Verhältnisse der Privatdozenten ein außerordentlich verschiedener ist. Auf die Dauer sei dieser Zustand unhaltbar. Er beantrage die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.): Ich halte eine kleinere Kommission für zweckmäßiger und gebe dem Hause anheim, sich für eine solche von 14 Mitgliedern zu entscheiden. Die gesetzliche Regelung, die vorgenommen wird, liegt durchaus im Interesse der Privatdozenten, aber auch in dem der Universitäten und des Staates. Die grundsätzliche Anwendung des Disziplinarverfahrens für Professoren auf die Privatdozenten rechtfertigt sich dadurch, daß die Stellung beider im Lehrberuf eine völlig gleichwerthige ist. Daß als höchste Instanz das Staatsministerium beibehalten ist, halten wir für vollkommen berechtigt.

Kultusminister Dr. Bosse: In der Begründung des Entwurfs ist der Fall Arons nicht erwähnt, er gehört auch da nicht hinein, er ist nicht der Grund des Gesetzes, sondern nur der Anlaß, der Ausgangspunkt, der die gesetzliche Regelung hingewiesen hat (Heiterkeit). Die Frage ist von politischem Interesse, ob Anhänger der sozialdemokratischen Partei Lehrer an unseren öffentlichen Hochschulen sein dürfen. Die Universitäten sind Veranstaltungen des Staates; sie haben nicht bloß Aufgaben der freien wissenschaftlichen Forschung, sondern es ist Aufgabe der Universitäten, die Liebe und Achtung vor König und Staat und vor der Verfassung und staatlichen Einrichtungen bei der akademischen Jugend zu fördern. Alle Lehrer an der Hochschule haben die Aufgabe, in dieser Richtung thätig zu sein, sie sollen auch in dieser Hinsicht der studirenden Jugend ein Vorbild sein. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) In der Stiftungsurkunde der jüngsten deutschen Universität, Straßburg, die von dem hochseligen Kaiser vollzogen ist, wird diese Aufgabe der Lehrer an den Hochschulen ausdrücklich hervorgehoben. Die sozialdemokratische Partei will natürlich die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen, und ein Angehöriger dieser Partei kann unmöglich in dem Sinne thätig sein, den ich bezeichnet habe, seine Parteistellung verträgt sich nicht mit dem Beruf eines Universitätslehrers. Ich hatte erwartet, Herr Arons würde das selbst einsehen und sich stillschweigend aus dem Bunde der hiesigen Universitätslehrer drücken. Als sich diese Hoffnung nicht erfüllte, habe ich die Fakultät zum disziplinarischen Einschreiten aufgefordert. Sie hat dies zunächst abgelehnt, aber als dann Dr. Arons agitatorisch hervortrat, sich mit einer Verwarnung begnügt, die aber der staatlichen Autorität nicht genügte. Da Dr. Arons neuerdings wieder in seiner politischen Stellung in sehr rückfälliger Weise hervorgetreten ist, müssen wir die Möglichkeit haben, die Sache demnächst im geordneten Rechtswege zu erledigen.

Abg. Virchow (f. Vp.): Es soll ein generelles Gesetz gegen einen einzigen Dozenten gemacht werden, der sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig ist. Die verschiedenen Statuten der Universitäten auf diese Weise zu uniformiren, liegt kein Grund vor. Noch das Landrecht erkennt die Universitäten ausdrücklich als privilegirte Korporationen an. Es ist falsch, den Privatdozenten eine beamtenähnliche Qualität beizumessen; sie sind die letzten Repräsentanten der früher allgemeinen Freiheit der Lehre. Die Vorlage trifft den Lebensnerv der Universitäten. Das geltende Recht, wonach der Minister auf Antrag der Fakultät eine Remotion vornehmen kann, reicht vollkommen aus. Wir sind in Berlin stolz darauf, daß sich ein Privatdozentenstand mit immer neuen Kräften entwickelt, und der Minister kann sich aus diesem in Hülle und Fülle zu Gebot stehenden Material nachher die geeigneten Professoren auswählen. In andern Ländern, z. B. in Frankreich und Amerika, besteht große Verlegenheit, sich einen Stamm von Gelehrten heranzuziehen, aus dem die Professoren später genommen werden. Man beneidet uns in der ganzen Welt um diese Einrichtung. Die Erörterung der Einzelheiten ist Sache der Kommission. Im Allgemeinen betrachte ich den Zustand, den wir haben, nicht als den schlechtesten. Ich halte ihn im Gegentheil für einen recht guten, der höchstens kleiner Korrekturen bedarf. (Beifall links).

Abg. Dr. Irmer (kons.): Abg. Virchow will am liebsten nichts geändert wissen. Er meint, die staatlichen Rechte seien in den Korporationen genügend gewahrt. Die Universitäten haben durchaus den Charakter von Anstalten angenommen, damit haben sie den eigentlichen korporativen Charakter verloren. Das Aufsichtsrecht des Staates ist somit nicht lediglich nach den Normen der Statuten zu beurtheilen. Wir hätten es daher am liebsten gesehen, in dem Falle Arons hätte der Minister von denjenigen Machtbefugnissen, die ihm nach unserer Meinung unzweifelhaft zustehen, Gebrauch gemacht und den Privatdozenten einfach seinerseits removirt. Der Minister hat darauf verzichtet, wir erwarten aber, daß er, falls das Gesetz zu Stande kommt, sofort in jenem Sinne vorgeht, und daß er, falls es nicht zu Stande kommt, von den Befugnissen Gebrauch macht, die ihm auch ohne das Gesetz bereits zustehen. Meine Freunde sehen in dem Gesetz keine Beeinträchtigung der Lehrfreiheit.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) erklärt es für ausgeschlossen, daß ein sozialdemokratischer Agitator in der Stellung eines Privatdozenten belassen werden könnte.

Abg. Dr. Stephan-Beuthen (Zentr.) meint, für die gröbsten Auswüchse werde das Gesetz nicht ausreichen, es sei deshalb werthlos.

Abg. Stöcker (kons): Ein Sozialdemokrat dürfe nicht auf dem Lehrstuhl einer staatlichen Universität belassen werden. Viel Unheil werde schon durch die sozialdemokratischen Blätter angerichtet.

Abg. Munckel (Frs. Vpt.): Die Absicht, die Stellung der Privatdozenten zu sichern, entspringt nicht dem Wunsch der Privatdozenten, sondern entspringt allein dem Wunsch des Ministers, einen dieser Dozenten, den er bisher nicht genügend hat disziplinieren können, aus seinem Amt zu entfernen. Redner geht auf die Einzelheiten des Falles Arons ein. Habe ich recht verstanden, so wird künftig an preußischen Hochschulen Niemand Privatdozent sein, der sich auch nur ideell zu den Lehren der Sozialdemokratie bekennt, und ohne irgend welche Beschäftigung in der Agitation. Nach den Intentionen des Kultusministers wird die Wissenschaft künftig nur noch eine königlich preußische, staatliche Wissenschaft sein, was namentlich für die Geschichte von Bedeutung ist. Die Freie Wissenschaft soll ihre Stätte behalten, aber an die Universität gehört sie nicht. Hier ist das Erste die königliche und staatliche und ich darf wohl hinzufügen die ministerielle Autorität. Ich kann mir zwar denken, daß man die Politik über die Wissenschaft stellt. Die Wissenschaft unter die Politik stellen, das ist der Anfang vom Ende. Wenn nach diesen Grundsätzen Luther hätte Privatdozent werden wollen, die Erlaubniß Kaiser Karls V. hätte er nicht bekommen. (Heiterkeit) Die Wissenschaft und Forschung kennt keine Autorität, als allein die der Wahrheit, und die Wahrheit wird nicht vom Ministertisch aus verzapft, sondern von der menschlichen Vernunft. Ob die Staatsform, die heute gilt, immer bestehen wird, weiß man nicht. Nichts ist auf der Erde stabil. Ewig ist Gott allein, auf der Erde ist alles vergänglich. Es wäre richtig, man ließe die Privatdozenten in derjenigen Sicherheit, die ihnen die jetzige Universitätsverfassung gewährt, und tastete die Freiheit der Wissenschaft nicht an. (Beifall links.)

Abg. v. Heydebrand (kons.) weist es ab, daß der vorliegende Gesetzentwurf einzig gemacht sei, um gegen Arons einschreiten zu können. Das hätte das Staatsministerium thun müssen, ohne dieses Gesetz abzuwarten; aber es habe ihm in der Frage an der nöthigen Entschlossenheit gefehlt.

Abg. Porsch (Zentr.) will die Atheisten gleich den Sozialdemokraten von den Lehrstühlen ausgeschlossen wissen.

Abg. Rickert (freis. Vgg.) widerspricht den Ausführungen des Abg. Irmer gegen die freisinnige Presse und erkennt ein Bedürfniß nach dem eingebrachten Gesetz durchaus nicht an.

Der Kultusminister weist den Vorwurf des Vorredners zurück, daß es sich bei der Vorlage um eine Parteitendenz handle.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Interpellation Haacke betreffend die Einbringung der Vorlage über die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen; Justizetat; Etat der Bauverwaltung.

Politische Uebersicht.

Die internationale Zuckerkonferenz. Staatssekretär von Thielmann ist, wie es scheint, allzu optimistisch gewesen, da er unlängst im Reichstage den Zusammentritt der internationalen Zuckerkonferenz in Brüssel für Mitte Februar in Aussicht stellte. Frankreich, welches auch sonst in dieser Frage, der Aufhebung der Zuckerausfuhrprämien, der Vater aller Hindernisse ist, hat einen Aufschub der Konferenz bis nach den französischen Ministerwahlen zum Abgeordnetenhause, die bekanntlich im Mai stattfinden sollen, in Vorschlag gebracht, was soviel heißt als: Das Kabinet Méline wagt es gegenüber der jetzigen Mehrheit nicht, auf Verhandlungen über die Abschaffung aller Ausfuhrprämien einzugehen. Für die übrigen Regierungen ist damit eine sehr bedenkliche Situation geschaffen. Soll die internationale Konferenz darauf warten, daß bei den französischen Wahlen eine der Beseitigung der Ausfuhrprämien geneigtere Mehrheit zu Stande kommt? Und wie lange soll sie warten? Auch nach dem Mai wird es noch eine ganze Weile dauern, bis das Kabinet Méline mit der neuen Kammer Fühlung genommen hat. Und wenn dann die Schutzzöllner noch immer die Mehrheit haben, so sind die Konferenz-Theilnehmer ebenso weit wie jetzt. Sie müssen auf die Theilnahme Frankreichs oder auf die Konferenz überhaupt verzichten. Für Deutschland würde die Sachlage eine günstigere sein, wenn es inzwischen gelänge, mit den Vereinigten Staaten einen sogenannten Reziprozitätsvertrag abzuschließen, der dem deutschen Zucker und nur diesem, eine 20prozentige Ermäßigung des Zuckerzolles zusicherte. Aber bisher scheinen diese Verhandlungen wenig Aussicht zu bieten. Und die Maßregeln gegen die Einfuhr amerikanischen Obstes und amerikanischer Pferde werden schwerlich dazu beitragen, die Geneigtheit der Washingtoner Regierung zu Zugeständnissen an Deutschland zu vermehren.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar.

— Der Kaiser, die Kaiserin und zahlreiche Prinzen und Prinzessinnen haben Sonntag der Einweihung der neuen Georgenkirche beigewohnt.

— Der Kaiser hörte am Montag den Vortrag des Chefs des Zivilkabinets Dr. v. Lucanus und die Marine-Vorträge.

— Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute die Berathung des Etats der südwestafrikanischen Schutzgebiete fort. Der Unterstaatssekretär Freiherr von Richthofen vertheidigte es, daß die Regierung den Bahnbau, der dringend nöthig gewesen sei, unternommen habe. Eine Privatgesellschaft habe unannehmbare Forderungen gestellt Er veranschlage die jährlichen Baukosten auf 325000 Mark. Abg. v. Kardorff beantragt, besondere Anleihen für Kolonialzwecke aufzunehmen, um dadurch die Aufwendung größerer Mittel für die Kolonien zu erleichtern. Abgeordneter Richter wies vom finanzpolitischen Standpunkt aus nach, in welche Unklarheiten und Verwirrungen man dadurch gerathen werde. Der ganze Vorschlag sei nur gemacht, um unter dem Schleier von Anleihen einen noch größeren Millionen-Aufwand für Afrika herbeizuführen. Unterstaatssekretär Aschenborn schloß sich den finanzpolitischen Darlegungen des Abg. Richter in fast allen Punkten an, so daß man in der Kommission Anstand nahm, diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Das Extraordinarium wurde bewilligt.

— In der heute zusammengetretenen 26. Plenarversammlung des deutschen Landwirthschaftsraths wurde ohne Debatte eine Resolution angenommen, welche die Konkursordnungs-Novelle im Großen und Ganzen billigt, jedoch bedauert, daß darin kein Weg vorgesehen sei, den Hypothekenschuldner eventuell der Wohlthat des Zwangsvergleichs theilhaftig werden zu lassen. In seinem Referat über die Frage, welches System bei dem Abschluß von Handelsverträgen im landwirthschaftlichen Interesse zu befürworten sei, schlägt Graf Kanitz das Prinzip der Tarif-Autonomie vor. Zweitens soll vor Abschluß neuer Handelsverträge sorgsam geprüft werden, in welchem Maße die wichtigsten einheimischen Erwerbszweige des Zollschutzes gegenüber der ausländischen Konkurrenz bedürfen. Die so ermittelten Zollsätze sollen in einem Minimaltarif eingestellt und jede vertragsmäßige Herabsetzung oder Bindung derselben vorweg ausgeschlossen werden. Sodann soll ein Generaltarif aufgestellt werden, welcher für die wichtigsten Handelsartikel erhöhte Zollsätze enthält. Auf Grundlage dieses Generaltarifs können Vertragsverhandlungen mit anderen Ländern eröffnet und Zollermäßigungen bis herab zu den Sätzen des Minimaltarifs — unter Voraussetzung angemessener Gegenleistungen und Garantien — gewährt werden. 3) Die neuen Verträge sollen auf unbeschränkte Zeitdauer, unter Vorbehalt des Kündigungsrechts, mit einjähriger Frist abzuschließen sein. 4) Die bestehenden Meistbegünstigungsverträge sollen — mit selbstverständlicher Ausnahme der deutsch-französischen Vertragsbestimmungen von 1871 — rechtzeitig gekündigt werden. 5) Gegenüber den Ländern, mit welchen neue Verträge nicht abgeschlossen werden, soll — wiederum mit Ausnahme Frankreichs — der Generaltarif in Anwendung gebracht werden. Staatssekretär des Innern, Dr. Graf von Posadowsky, bemerkte, die Agrarier hätten bei Forderung höherer Getreidezölle geltend gemacht: einmal, daß über den Bedarf Getreide eingeführt werde, zweitens, daß das Ausland billiger produzire. Letztere Behauptung müsse durch statistische Sachverständige erwiesen werden. Landwirthschaftliche Vertretungen könnten dann auf dieser Grundlage Vorschläge machen; auf andere Weise sei die Nothwendigkeit höherer Getreidezölle nicht zu begründen. Der Antrag Kanitz wurde hierauf unter Streichung des Passus über die einjährige Kündigungsfrist angenommen und die Verhandlung sodann auf morgen 10 Uhr vertagt.

— In Nordhausen wurde am Sonntag Redakteur Dr. jur. O. Wiemer von der „Freis. Ztg." einstimmig als Reichstagskandidat der freisinnigen Volkspartei aufgestellt.

— Wie die „Berliner Neuesten Nachrichten" melden, ist in der gestrigen Sitzung des Zentral-Vorstandes der nationalliberalen Partei der Abgeordnete Dr. Hammacher an Stelle des Herrn Hobrecht, der die Wiederwahl abgelehnt hatte, zum Vorsitzenden des Zentral-Vorstandes gewählt worden.

— Der geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees zur Unterstützung der durch Unwetter Geschädigten in Deutschland beschloß, noch folgende Beträge den einzelnen Komitees zur Verfügung zu stellen: Frankfurt a. O. 50000 Mk., Schlesien 70000 Mk., Sachsen 20000 Mk., Greifenberg i. P. 2000 Mk., Perleberg und Stadt Ziegenhals je 15000 Mk. Der Rest — 5000 Mk. — soll noch in Reserve gehalten werden.

— Die lippesche Thronfolge-Angelegenheit hat weitere Rechtsstreitigkeiten veranlaßt. Wie die „Köln. Volksztg." meldet, erhebt Graf Erich Lippe-Weißenfeld demnächst Zivilklage wegen Auszahlung der von 1884 ab von der Biesterfelder Linie bezogenen Apanage. Auch von der Schaumburger Seite werden Maßnahmen zur Thronfrage angekündigt. — Das Ministerium lehnte den Antrag Bückeburg auf Zurückziehung der Thronfolge-Vorlage ab. Bückeburg rief deshalb die Entscheidung des Bundesraths nach Artikel 76, Abs. 1 der Reichsverfassung an.

— Zum Staatsminister in Schaumburg-Lippe ist der Landrath des Kreises Naumburg, Freiherr v. Feilitzsch ernannt worden.

— Die Theilung des Regierungsbezirks Oppeln soll bevorstehen. Der „Bresl. Ztg." zufolge soll nach einem in Gleiwitz allgemein verbreiteten Gerücht die Frage der Trennung des Regierungsbezirks Oppeln ihre Lösung nunmehr in bejahendem Sinne gefunden haben und Gleiwitz als Sitz der Regierung des einen Theils bestimmt sein.

Heer und Marine.

— Sämmtliche Leichen der in Kiel mit der Werftpinasse Verunglückten sowie die Pinasse selbst sind gestern geborgen worden. Die Beerdigung der Leichen findet am Mittwoch statt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— In Wien hielten am Sonntag deutsch-nationale und slavische Studenten Versammlungen ab. Zur Verhinderung von Zusammenstößen waren umfassende Polizeimaßnahmen getroffen. Die Versammlungen verliefen ruhig, jedoch wurden 10 Studenten wegen Widersetzlichkeit gegen die Wache arretirt.

— Ein Erfolg der Deutschen in Böhmen ist der Rücktritt des Statthalters Coudenhove. Wie die „Neue Freie Presse" meldet, wird der Statthalter nach dem Schlusse des Landtages seinen Posten verlassen.

Frankreich.

— Die „Aurore" hält gegenüber einem zweideutigen Dementi Dupuy's entschieden aufrecht, daß der frühere Kriegsminister Mercier gegenüber Dupuy und Casimir-Perier erklärt, er habe im Dreyfus-Prozesse dem Kriegsgerichte ein geheimes Dokument mittheilen lassen. Die „Aurore" fügt hinzu, General Mercier sei entschlossen, diese Erklärung auch im Schwurgericht abzugeben und die Verantwortlichkeit für die begangene Gesetzwidrigkeit zu übernehmen. Diese Haltung Mercier's versetzte die Regierung in die höchste Angst. So habe der Ministerrath am Sonnabend lange darüber berathen, ob der Präsident des Schwurgerichts zu ermächtigen sei, an Mercier die Frage über die Mittheilung des geheimen Dokuments zu stellen und ob Mercier zu ermächtigen sei, die Frage zu beantworten. Was der Ministerrath hierüber beschlossen, sei ihm gleichgiltig. Mercier sei trotz allem zum Reden entschlossen. Diese wiederholten Meldungen der „Aurore" bestätigen, daß die Hauptanstrengung der Vertheidiger Dreifus' darauf gerichtet sein wird, im Zola-Prozeß die Frage der Mittheilung eines geheimen Dokuments an das Kriegsgericht des Dreyfus-Prozesses aufzuklären, und so ein entscheidendes Argument zu erhalten, das zur Revision oder einfacher Annullirung des Dreyfus-Prozesses führen könnte. — Der Bericht über den Prozeß Zola befindet sich in der Beilage.

Türkei.

— Der Sultan suchte in einer Privataudienz, die er dem österreichischen Botschafter ertheilte, die absolute Unmöglichkeit der Kandidatur des Prinzen Georg eingehend und mit mannigfachen Gründen zu beweisen. Frhr. v. Calice wies in Bezug auf die Stellung Oesterreich-Ungarns auf dessen bekannte seitherige konservative Haltung hin.

Afrika.

— Das Auswärtige Amt in London hat die Bestätigung der Meldung erhalten, daß die aufständischen Sudanesen in Uganda am 9. Januar Fort Lubwas geräumt und alle Streitkräfte in einer großen Dhow und mehreren Booten über eine Bucht des Viktoria Nyanza fortgeschafft hätten. Der Kapitän Harrison sei mit 2000 Mann, zwei Feldgeschützen und 1000 Wagandas abmarschirt, um die Aufrührer zu verhindern, den Nil zu überschreiten.

Von Nah und Fern.

* **Berlin**, 7. Februar. Die Staatsanwaltschaft in Heidelberg theilt dem hiesigen Polizeipräsidium mit: Heute Nacht wurde in Heidelberg die Dirne Katharina Eubler aus Schlierbach durch Erdrosseln am Burgwege beim Alten Schlosse ermordet und ihr der Unterleib aufgeschlitzt. Als Thäter kommt ein angeblicher Bäcker aus Ansbach in Betracht. Die Staatsanwaltschaft setzt eine Belohnung von 500 Mk. auf die Ergreifung des Thäters.

* **Der Fesselballon** der militärischen Luftschifferabtheilung in Straßburg, dessen Seil am Sonnabend riß, flog in östlicher Richtung über den Rhein dem Schwarzwald zu. Es gelang der Mannschaft, glücklich in Ringelbach bei Oberkirch zu landen.

* **Waldkappel**, 6. Febr. Amtlich wird gemeldet: Heute früh 6 Uhr entgleiste die Maschine des Personenzuges 451 Waldkappel—Kassel bald hinter der Station Waldkappel vor der Wohrabrücke in 48,7 kl. Die Maschine und 3 Personenwagen stürzten den Damm hinunter. Der Lokomotivführer, der Heizer, ein Schaffner und 7 Reisende wurden hierbei leicht verletzt. Maschine und Wagen sind erheblich verletzt. Die Ursache der Entgleisung ist wahrscheinlich ein Schienenbruch.

Lokale Nachrichten.

Elbing, den 8. Februar 1898.

Muthmaßliche Witterung für Mittwoch, den 9. Februar: Wolkig mit Sonnenschein, meist trocken, um Null herum.

Auszeichnung. Dem bisherigen Bezirkskommissar der Ostpreußischen Land-Feuersozietät, Grundbesitzer Bogdan zu Groß-Jauer im Kreise Lötzen, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Der nationalliberale Verein hielt gestern Abend im Deutschen Hause eine Generalversammlung ab, in der vor Eintritt in die Tagesordnung dem verstorbenen Landgerichtsrath **Weizenmiller**, dem früheren Vorsitzenden des Vereins, ein ehrenvoller Nachruf gewidmet wurde. Ueber die Jahresrechnung wurde Decharge ertheilt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor die Herren Stadtrath **Sallbach** als Vorsitzender, Oberlehrer **Schöber** als Stellvertreter, Buchdruckereibesitzer **O. Siede** Schriftführer, Kaufmann **R. Kühnapfel** Kassirer, Beisitzer Rentier **F. König**. Hierauf fand eine vertrauliche Besprechung über die bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen und eine Erörterung der gegenwärtigen politischen Lage statt.

In der Generalversammlung des Zweigvereins der Kaiser Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden, welche gestern Nachmittag 4½ Uhr in dem Zimmer Nr. 20 auf dem Rathhause abgehalten wurde, waren die Herren Domänenrath Staberow, Stadtrath Krieger und Superintendent Schiefferdecker anwesend. Herr Domänenrath Staberow erstattete zunächst den Kassenbericht für das verflossene Jahr. Hiernach betrug der Bestand am 1. Januar 1897 485,40 Mk., die Einnahme pro 1897 betrug 226,80 Mk., zusammen 712,26 Mk., die Ausgabe pro 1897 betrug 320,35 Mk., so daß am Schluß des Jahres ein Bestand von 391,91 Mk. verbleibt. Dem Herren Kassenführer wurde Decharge ertheilt. Die beiden ausscheidenden Vorstandsmitglieder, Herr Oberbürgermeister Elditt und Herr Landrath Etzdorf, wurden wiedergewählt. Die bisher bewilligten laufenden Unterstützungen wurden weiter bewilligt. Gleichzeitig erstattete Herr Domänenrath Staberow den Kassenbericht für den Zweigverein der Viktoria-National-Invaliden-Stiftung für das verflossene Jahr. Bestand war am 1. Januar 1897 2335,09 Mk., die Einnahme pro 1897 betrug 340,06 Mk., zusammen 2675,15 Mk., die Ausgabe pro 1897 betrug 440 Mk., so daß ein Bestand von 2235,15 Mk. verbleibt. Auch hier wurde Decharge ertheilt und die bisher bewilligten laufenden Unterstützungen weiter bewilligt.

Der Krieger- und Militär-Verein Elbing hielt gestern Abend seine diesmonatliche Versammlung ab, die von etwa 85 Kameraden besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Herr Vorsitzende in einem ehrenden Nachruf des am 24. Januar verstorbenen Kameraden Wilhelm, und die Versammlung ehrt das Andenken des Dahingeschiedenen durch Erheben von den Sitzen. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wurden 29 Kameraden als neue Mitglieder aufgenommen und 21 davon vom Vorsitzenden in den Verein eingeführt. Die Kassenprüfer erstatteten den Kassenrevisionsbericht, nach welchem das Vereinsvermögen am Schlusse des Jahres — einschließlich ca. 126 Mk. ausstehender Reste, die aber inzwischen zum größten Theil bezahlt sind — 2860,73 Mk. beträgt. Dem Kassenführer Herrn Seegler wurde für sehr gewissenhafte Kassenführung der Dank ausgesprochen und die Rechnung entlastet. Hier anschließend theilte der Vorsitzende mit, daß der Verein am 1. Januar 1897 350 Mitglieder zählte, von denen im Laufe des Jahres 9 verstorben, 11 wegen restirender Beiträge resp. wegen ungebührlichen Betragens ausgeschlossen wurden und 14 wegen Versetzung resp. freiwillig austraten, so daß 316 Mitglieder verblieben, zu welchen 85 neu hinzutraten, worauf der Verein am 1. Januar 1898 401 Mitglied zählte. Nachdem der Herr Vorsitzende einen sehr interessanten Vortrag über die Entwickelung des Kriegervereinswesens gehalten, schloß derselbe mit einem Hoch auf gute Kameradschaft die Sitzung.

Stadttheater. Nachdem Nina **Sandow** vom Deutschen Theater in Berlin sich am Sonntag dem hiesigen Theaterpublikum in einer Rolle präsentirt hatte, an der selbst von nur mittelmäßigen Schauspielerinnen kaum etwas verdorben werden kann, da die Claire wie der Derblay im „Hüttenbesitzer" so ganz der Phantasie entsprungene Gestalten sind, wie es sie im Leben nicht giebt, und mit der Häufung extremer Charaktereigenschaften auf eine einzige Person und bei der immerhin spannenden Handlung der äußeren Wirkung sicher sind, verkörperte sie gestern im „Meineidbauer" die Vroni in lebenswahrer Weise. Das war wirklich eine Tochter des Gebirges mit menschlichen Empfindungen im Haß und in der Liebe. Die Art, wie sie mit dem Meineidbauer Abrechnung hielt, hatte etwas Großartiges an sich. Das war in der That ein Mädchen aus dem Volke, das für sein gutes Recht kämpft und seinen Widersachern jede erlittene Unbill heimzahlt nach dem Worte: „Aug' um Auge, Zahn um Zahn". Mit großer Natürlichkeit fertigte sie den zudringlichen Toni ab und brachte sie den Meineidbauer bezüglich des verhängnißvollen Briefes auf die falsche Fährte. Auch in den Liebesszenen gab sie volles Leben wieder. Das leider nur schwach besetzte Haus spendete der Künstlerin lebhaften Beifall. Von den hiesigen Kräften seien Paul **Schwaiger**, der als Meineidbauer in der großen Szene mit Vroni und in seiner Sterbeszene wirklich ausgezeichnet war, und Rudolf **Schweitzer** in der realistisch durchgeführten Sterbeszene lobend erwähnt. W.

Der Prozeß gegen den Mühlenbesitzer Meyer von hier dürfte noch ein Nachspiel haben. Bekanntlich wurde M. vor einiger Zeit wegen Nahrungsmittelfälschung zu 14 Tagen Gefängniß und 1000 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Die Beweisaufnahme hatte ergeben, daß Meyer seit einigen Jahren vielfach ein Produkt hauptsächlich nach Finnland, aber auch nach Holland 2c. als garantirt feines Roggenmehl exportirte, für welches die Steuerrückvergütung nach den bestehenden Bestimmungen nicht hätte beansprucht werden dürfen. Meyer erzielte nach dem Ergebniß der Verhandlung eine Ausbeute von mehr als 80 pCt. und setzte den einzelnen Sendungen auch noch einige Säcke Weizenmehl hinzu. Die Steuer soll aber nur bei einer Ausbeute von 65 pCt. zurückvergütet werden. Die Steuerbehörde soll nun der Ansicht sein, daß Meyer auf die Steuerrückvergütung für solch ein Mehl keinen Anspruch hatte. Wenn die Steuerbehörde indeß wegen dieser vermeintlichen Steuerhinterziehung bisher den Prozeß noch nicht eingeleitet hat, so liegt dieses wohl daran, daß die Akten des Meyer'schen Prozesses wegen der angemeldeten Revision noch beim Reichsgerichte liegen. Hätte Meyer die Steuerrückvergütung zu Unrecht erhalten, dann würde die Steuerbehörde um ganz bedeutende Summen geschädigt worden sein. Der Ausfall würde einige hunderttausend Mark betragen. Da in solchem Falle aber auf den 32fachen Betrag der hinterzogenen Strafe erkannt werden kann, so könnte die Geldstrafe mehrere Millionen Mark betragen. Meyer hat die hiesige Dampfmühle gleich nach dem Prozesse verkauft und soll sich, wie wir erfahren, im Auslande befinden.

Petitionen. Das zweite Verzeichniß der beim Abgeordnetenhause eingegangenen Petitionen enthält u. a. folgende: Tapezierer **Reichert** u. Gen. in **Elbing** bitten um Umwandelung der Elbinger Simultan-Mädchenschulen in konfessionelle. Schuhmachermeister **Hennig** u. Gen. in **Elbing** betr. die Form der elterlichen Erklärung über die religiöse Erziehung der Kinder aus Mischehen.

Diebstahl. In der Nacht zum letzten Donnerstag ist dem Besitzer K. auf dem Schiffsholm aus einer Waschküche eine Menge Speck im Werth von etwa 100 Mark gestohlen worden. Die Diebe waren durch ein Fenster eingestiegen.

Alte Spielsachen. Das Germanische Museum in Nürnberg erläßt einen Aufruf mit der Bitte, ihm alte **Spielsachen**, mit denen einst Eltern und Großeltern gespielt haben und die vielleicht hier und da noch lagern, zu überlassen, wenn möglich als Geschenk. Bekanntlich hat sich das Germanische Museum von jeher auf das Sammeln von Spielwaaren verlegt, da diese einen hohen kulturgeschichtlichen Werth besitzen.

Gastspiel. Vom 20. Februar an wird Herr Theaterdirektor Beese mit seiner Gesellschaft in Allenstein einen Cyklus von 8 Gastvorstellungen geben, unter denen sich neben älteren Werken auch einige Novitäten als „Hofgunst", „Hans Huckebein" 2c. finden.

Der Termin für die theologischen Frühjahrsprüfungen bei dem Westpreußischen Konsistorium in Danzig ist auf den 5. März und die folgenden Tage festgesetzt. Zu der ersten Prüfung haben sich 11, zur zweiten Prüfung 7 Kandidaten gemeldet.

Die Kommission zur Abhaltung der Prüfungen für Lehrer an Mittelschulen und Rektoren wird sich für das Jahr 1898 aus folgenden Herren zusammensetzen: Provinzial-Schulrath Dr. Kretschmer-Danzig Vorsitzender, Regierungs- und Schulrath Triebel-Marienwerder, Regierungs- und Schulrath Dr. Rohrer-Danzig, Seminardirektor Schulrath Schroeter-Marienburg, Gymnasial-Oberlehrer und Religionslehrer Lücke-Konitz und Kreisschulinspektor Engel-Riesenburg.

Telegramme.

Berlin, 8. Febr. Der Kaiser hatte heute Vormittags eine Besprechung mit dem Staatssekretär Grafen von Posadowsky und daran anschließend mit dem Staatssekretär v. Bülow.

Kiel, 8. Febr. Im Laufe des Sommers soll eine gemeinschaftliche Hochseeregatta des kaiserlich deutschen, königlich dänischen und schwedischen Jagdklubs von der Lübecker Bucht aus nach Schweden stattfinden.

Breslau, 8. Februar. In einer zahlreich besuchten Versammlung hiesiger Spiritusbrenner wurde der „Schles. Ztg." zufolge einstimmig die Gründung einer schlesischen Spiritus-Verwerthungs-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht mit dem Sitze in Breslau beschlossen. Als wesentliche Aufgabe wurde bezeichnet, den Spiritus eine möglichst gleichmäßige, den Interessen des Kartoffelbaues entsprechende Preislage zu sichern.

Loeben (Steiermark), 8. Februar. Infolge erneuter Demonstrationen im Hörsaale des Professors Kobald wurden die Vorlesungen an der Bergakademie bis auf weiteres eingestellt. Eine beim Rektor erschienene Abordnung meldete die Absicht der Studentenschaft, in der nächsten Woche die Kollege wieder zu besuchen.

Paris, 8. Febr. (Prozeß Zola.) Der Vertheidiger Labori begründete seinen Antrag, zu dem Arzte der Frau Boulancy zu schicken, um festzustellen, ob sie wirklich krank sei, damit, daß dieselbe infolge dreier Depeschen Esterhazys, in welchen sie mit dem Tode bedroht wird, nicht als Zeugin erscheinen und entgegen ihrer früheren Absicht, die kompromittirenden Briefe und Depeschen des Majors Esterhazy dem Gerichtshof nicht übergeben wolle. Der „Soir" meldet, Oberst Picquart, welcher als Zeuge in dem Prozeß Zola erschienen sei, sei heute freigesprochen.

Paris, 8. Febr. In dem Antrage des Vertheidigers Labori wird beantragt, Anweisungen zu ertheilen, daß auf die Vernehmung Casimir-Periers bestanden werde, desgleichen wird beantragt, daß die Zeugin Blanche Comminges zum Erscheinen gezwungen werde und daß sie im Falle einer Krankheit durch eine Verhörkommission über 8 Punkte, darunter über anonyme Briefe an Picquart sowie das Manöver Patys gegen ihre Familie vernommen werde.

Paris, 8. Febr. Einzelne Blätter kritisiren in schärfster Weise das Fernbleiben des Kriegsministers und anderer als Zeugen geladener höherer Offiziere in dem Zolaprozeß. Es verlautet, der Deputirte Jaurès erklärte, daß er über gewisse Vorgänge im Prozeß Zola in der Kammer interpelliren werde.

Paris, 8. Febr. In Betreff der Affaire du Paty de Clam-Mademoiselle Comminges werden folgende Einzelheiten berichtet. Du Paty de Clam verkehrte im Jahre 1892 im Hause Comminges und obgleich er über 30 Jahre älter war, als das 50jährige Fräulein, entwickelte sich zwischen beiden ein intimer Briefwechsel. Als Herr Comminges hiervon Kenntniß erhielt, forderte er den Major de Clam energisch auf, die Briefe zurückzuerstatten. Derselbe gab auch alle Briefe heraus, bis auf einen, welcher, wie er erklärte, in den Besitz einer Dame gelangt sei, die den Brief gegen Zahlung von 500 Frcs. der Familie Comminges zurückgeben wollte. Sie werde Nachts verschleiert am Cours-la-Reine in der Nähe des Seine-Ufers erscheinen. Dieses geheimnißvolle Rendezvous fand statt. Der Bruder des Fräulein du Comminges erhielt den Brief. Du Paty de Clam soll in der Nähe des Rendezvousortes gesehen worden sein. Als kürzlich Oberst-Lieutenant Picquart in Tunis eine „Speranza" unterschriebene Droh- und Warnungsdepesche erhielt, erinnerte sich die mit Picquart befreundete Familie Comminges daran, daß auch der Rendezvousbrief der verschleierten Dame mit „Speranza" unterzeichnet war. Picquart ist nun der Ansicht, daß du Paty die Absendung der Drohdepeschen veranlaßt hat, um Esterhazy zu retten, ebenso wie man glaubt, daß du Paty hinter der verschleierten Dame steckt, welche Esterhazy ein aus dem Kriegsministerium entwendetes geheimes Dokument übermittelte.

London, 8. Februar. Die „Preß-Association" meldet, die morgige Thronrede der Königin bei Eröffnung des Parlaments werde u. a die Nothwendigkeit betonen, der **Militärfrage** einen **hervorragenden Platz** im Budget einzuräumen. Die Thronrede werde einen Gesetzentwurf der **Lokalregierung für Irland** sowie andere Gesetzentwürfe innerer Natur ankündigen. Bezüglich der Nil-Expedition werde ausgeführt, daß sie, soweit günstige Bedingungen vorhanden sind, wieder aufgenommen werden soll. Ueber die chinesische Frage spreche die Thronrede nur in sehr reservirten Ausdrücken.

London, 8. Febr. Die „Times" melden aus Hongkong, der Kaiser von China ermächtigte den Generaldirektor der chinesischen Eisenbahnen, mit dem Bau von Eisenbahnen in der Provinz Kwang-Tung zu beginnen.

London, 8. Febr. Der Pekinger „Times"-Korrespondent telegraphirt, er habe Grund zu glauben, China werde infolge der Opposition Rußlands die englischen Vorschläge in der Anleihefrage zurückweisen. In entsprechender Weise werde China auch die russischen Vorschläge wegen der Opposition Englands nicht annehmen können. China gebe sich aber der Hoffnung hin, daß sich Japan wahrscheinlich zu einer Verlängerung der Zahlungsfrist verstehen werde. Zur Zeit sei China ganz rathlos.

Konstantinopel, 8. Febr. Im Quartier Tophane vernichtete ein Brand gegen 70 Gebäude. Viele Feuerwehrleute wurden verwundet.

Berlin, 8. Februar, 2 Uhr 30 Min. Nachm.

Börse: Fest. Cours vom	7./2.	8./2.
3½ pCt. Deutsche Reichsanleihe . . .	104,00	103,90
3½ pCt. " " . . .	103,90	103,90
3 pCt. " " . . .	97,50	97,50
3½ pCt. Preußische Consols	104,00	103,90
3½ pCt. " "	104,00	103,90
3 pCt. " "	98,20	98,10
3½ pCt. Ostpreußische Pfandbriefe . .	100,50	100,50
3½ pCt. Westpreußische Pfandbriefe .	100,50	100,50
Oesterreichische Goldrente	103,90	103,70
4 pCt. Ungarische Goldrente	103,40	103,40
Oesterreichische Banknoten	170,00	170,00
Russische Banknoten	216,65	216,65
4 pCt. Rumänier von 1890	94,00	94,20
4 pCt. Serbische Goldrente, abgestemp.	63,20	63,30
4 pCt. Italienische Goldrente	93,80	93,90
Disconto-Commandit	201,70	202,50
Marienb.-Mlawk Stamm-Prioritäten .	121,00	121,25

Preise der Coursmakler.

Spiritus 70 loco	42,00 ℳ
Spiritus 50 loco	61,70 ℳ

Königsberg, 8 Februar, 12 Uhr 50 Min. Mittags
Von **Portatius & Grothe**,
Getreide-, Woll-, Mehl- u. Spirituscommissionsgeschäft.)
Spiritus pro 10,000 L % excl. Faß.

Loco nicht contingentirt	41,80 ℳ Brief
Februar	41,80 ℳ Brief
Loco nicht contingentirt	40,70 ℳ Geld
Februar	40,00 ℳ Geld

Kirchliche Anzeigen.

Vereinssaal der Herberge zur Heimath.
Eingang Baderstraße.
Mittwoch, Abends 5 Uhr: Bibelstunde. Herr Pfarrer Selke.

Elbinger Standesamt.

Vom 8. Februar 1898.

Geburten: Maschinenmeister Carl Landmann T. — Schmied Christian Eisenblätter S. — Töpfer Friedrich Hollasch T. — Arbeiter Josef Preuß T. — Klempner Friedrich Droese T.

Aufgebote: Fabrikarbeiter Albert Blenau mit Wwe. Anna Schimanski, geb. Motzkau.

Sterbefälle: Arbeiter Herm. Aug. Tolksdorf S. 4 M. — Arbeiter Joh. Schulz S. 5 M. — Rentiere Wittwe Julianna von Pawlowski, geb. von Zelewski 76 J. — Sattler Wilh. Kuhn 42 J. — Hospitalitin Wittwe Katharina Grenz, geb. Köhn 85 J. — Schneidermeister-Wittwe Christine Sittmann, geb. Hohmann 74 J.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 17. d. Mts.,

sollen aus den Schutzbezirken **Rakau** und **Eggertswüsten** etwa folgende Hölzer öffentlich meistbietend verkauft werden:

a. aus **Rakau:**

8 Ei.-, 2 Deichs-, 41 Bu.-, 52 Ki.-Nutzholz,
64 R.-Mtr. Bu.-Böttcherholz,
328 " Klobenholz,
8 " Ei.-Pfahlholz,
61 " Knüppelholz,
627 " Reisig III,
und aus dem **Kuhn**'schen Waldplane:
60 Stück Kiefern-Nutzholz,
900 R.-Mtr. Reisig III.

b. aus **Eggertswüsten:**

10 Ei.-Deichseln, 16 Ki.-Nutzholz,
15,5 R.-Mtr. Klobenholz,
11,5 " Knüppelholz,
45 " Reisig III.

Versammlung der Käufer Vorm. 10 Uhr im **Hirschkruge** bei Dörbeck.

Elbing, den 7. Februar 1898.

Der Magistrat.

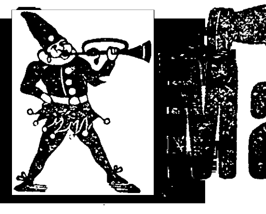
Reparatur-Werkstätte
für
Fahrräder und Nähmaschinen
mit Kraftbetrieb.
Erste und einzige dieser Art am Platze.

Emaillirung, Verkupferung, Vernickelung
von Gegenständen jeder Art.

Um **jede vorkommende Reparatur** prompt ausführen zu können, halte von jetzt ab stets großes Lager in **Roh- und Ersatztheilen.**

Paul Rudolphy Nachf., Inh. Georg Geletneky.
Fischerstrasse 42. Größtes Specialgeschäft für Fahrräder, Nähmaschinen u. Sportsartikel. **Fischerstrasse 42.**

Ortsverein der Tischler.
Sonnabend, den 19. Februar cr.,
in den fein dekorirten Sälen des **Gewerbehauses:**



Großer
Maskenball,
welcher durch die Aufführung:
Neu. **Die amerikanische Barbierstube** **Neu.**
verschönt wird.

Um gütigen Zuspruch bittet
Anfang präcise 8 Uhr. **Der Vorstand.**

Eintrittskarten sind zu haben bei Friseur Herrn **Gande,** Fleischerstraße, **Klimek,** Innerer Mühlendamm, **Hilsnitz,** Herrenstraße, Zigarrengeschäfte von **Prengel,** Schichaustraße und **Krause,** Friedrichstraße, sowie im **Festlokal.**
NB. Mit Maskenkostümen wird Herr **Gande** am Festabend im Lokale anwesend sein.

Club Harmonie
giebt seinen



Maskenball
Sonnabend, d. 26. Febr.,



in den Lokalitäten in „Legan".
Billets sind zu haben: Bei unserem **Club-Vorsitzenden** in **Legan, Fischervorberg 7,** von 2—6 Uhr Nachmittags.
Anfang 8 Uhr Abends.
Maskenanzüge werden bei frühzeitiger Bestellung im Clublocal abgegeben.
Der Vorstand.

Double-Schuhe m. Ledersohle, warm. Futter, Lederballen Schnalle **1,25**
Gesteppte Schuhe mit extra starker Sohle, Lederball. weiß Frisfutter **1,95**
Feiner Double-Schuh mit imitirt Otterbesatz **2,10**
Th. Jacoby.



empfiehlt billigst
C. B. Fischer Nachf.,
Heilige Geiststrasse 57/58.

Liederhain.
Mittwoch Probe mit Orchester
pr. 8½ Uhr Abends.

Liederhain!
Sonnabend, d. 12. Februar, d. J.:
Stiftungsfest
in den Sälen der
„Bürger-Ressource",
wozu auch die passiven Mitglieder nebst ihren Familien freundlichst eingeladen werden. Einheimische dürfen als Gäste nicht eingeführt werden.
Anfang 8½ Uhr Abends.
Der Vorstand.

Obstmarmeladen,
pro Pfund von **30** ₰ an.
Obsthalle Alter Markt.

Stempel
Petschafte 2c. liefert in Metall und Kautschuck, billig, sauber und schnell
F. Witzki
Goldschmiedemeister und vereidigter Gerichtstaxator
Schmiedestraße 17.

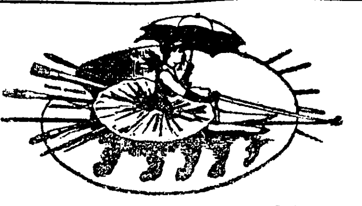
Wer Stellung sucht, verlange unsere „Allgemeine Vakanzen-Liste".
W. Hirsch Verlag, Mannheim.

Die **Verlegung** meines seit 1861 Junkerstrasse 42 befindlichen Geschäfts **nach meinem neu erbauten Fabrik-Etablissement**
Stadthofstrasse No. 4|5
erlaube ich mir, hiermit höflichst anzuzeigen.
Julius Giebler Nachfolger,
Inh.: **Ludwig Krafft.**

Elbinger
Schweizer
Tilsiter
Edamer
Limburger
Steinbuscher
Woriner
Royal-Chester
Harzer
Kräuter
Parmesan
Lipptauer
Kösliner
Soldiner
russ. Steppenkäse
franz. Gervais
Roquefort
Neuchateller
Camembert (Edelweiss)
Kronen

} Käse

Käse-Schüsseln,
geschmackvoll arrangirt, mit verschiedenen Käsesorten, feinster Tafelbutter, Pumpernickel, Radieschen etc. werden auf Vorherbestellung sorgfältig angefertigt.
Benno Damus Nachf.,
Delikatess-Handlung.



Maschinenöle, Wagenfette
billigst.
J. Staesz jun., Elbing,
Königsbergerstr. 84 u. Wasserstr. 44.
Specialität: **Streichfertige Oelfarben.**

Feinste Tafelbutter
per Pfund ℳ 1.10 empfiehlt
Adolph Kellner Nachf.



Milch
tägl. **200 Liter** sucht zu kaufen
Lange Niederstr. 47.

Alte Kleidungsstücke
erbittet nach Neust. Schmiedestr. 10/11
Der Armenunterstützungsverein.

Echt russische Gummischuhe.



1 Paar hohe Damen-Boots, warm gefüttert, mit Krimmerbesatz Mark **6,15**



1 Paar Damen-Halb-Boots mit Tricot-Futter und Sporn Mark **3,55**



1 Paar Damen-Galoschen mit Tricot-Futter und Sporn Mark **2,95**

1 Paar Damen-Galoschen dieselbe Facon mit Tricot-Futter, ohne Sporn Mark **2,60**

1 Paar Herren-Boots mit warmem Futter und Sporn Mark **5,65**

1 Paar Herren-Galoschen mit Tricot-Futter und Sporn Mark **3,95**

Th. Jacoby.

Ich bin willens, meine fast **neue, kleine Holländer**
Windmühle
zum **Abbruch** zu verkaufen.
Jacob Peters, Hohenwalde.

---

1 verheiratheter Schweizer, 1 Ladenmädchen für Schank oder Bäckerei zu erfragen Schulstraße 17 bei Frau **Borchert.**

Beilage zur Altpreußischen Zeitung.

Nr. 33. Elbing, den 9. Februar 1898. Nr. 33.

Der Prozeß gegen Zola

hat am Montag unter ungeheurem Andrang des Publikums begonnen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind in der Umgebung des Justizpalastes zwei Brigaden Polizeiagenten zusammengezogen, die in kleinen Gruppen vertheilt sind. Im Innern des Palastes sind strenge Maßregeln getroffen; eine Kompagnie der Garde républicaine steht zur Verfügung des Präsidenten. Zola, welcher in einem Landauer in Begleitung Clémenceau's und des Vertheidigers Labori eintraf, wurde von der Menge beschimpft. Eine Person, welche Hochrufe auf Zola ausgebracht hatte, wurde von der Menge herumgestoßen. Rochefort traf um 10½ Uhr vor dem Justizpalaste ein und wurde von der dort angesammelten Menge mit Hochrufen empfangen, einige riefen: „Nieder mit Rochefort". Letzterer näherte sich diesen Rufern mit den Worten: „Ihr seid wirklich 4 Mann, jeder zu 5 Frcs., das macht 20 Frcs. Das Syndikat hat sich nicht ruinirt".

Die Gerichtssitzung wird Vormittags 10 Uhr eröffnet. Präsident de Legorgue giebt bekannt, er werde den Saal räumen lassen, sobald irgendwelche Kundgebung stattfinden würde. Es wird zur Auslosung der Geschworenen geschritten. Die eigentliche Verhandlung beginnt um 12 Uhr 50 Min. Der Gerichtsschreiber verliest den Vorladungsbefehl. Nach der Verlesung der Vorladung erklärt der General-Staatsanwalt von Cassel, die Verhandlung würde auf die Anklage Zola's gegen das Kriegsgericht, welches Major Esterhazy aburtheilte, beschränkt sein; man müsse verhindern, daß die Verhandlungen abschweifen; man dürfe nicht das Spiel der Angeklagten spielen, welche es auf Umwegen zu einer Revision des Prozesses Dreyfus kommen lassen wollen. Der Vertreter der Anklagebehörde verliest hierauf seine Schlußfolgerungen, die darauf hinausgehen, daß der Gerichtshof alles von der Verhandlung ausschließen soll, was nicht direkt den Wortlaut der Vorladung betrifft.

In seiner Erwiderung führt der Vertheidiger Zola's Advokat Labori aus, alle in dem Briefe Zola's angeführten Thatsachen ständen in engem Zusammenhange. Es müsse Zola gestattet sein, seine Vertheidigung und seine Erklärungen auf alle diese Thatsachen auszudehnen. Labori fügt hinzu: „Wir haben Achtung vor der „abgeurtheilten Sache," da aber, wo weder Gesetzlichkeit noch Gerechtigkeit gewaltet hat, ist für Niemand mehr eine „abgeurtheilte Sache" vorhanden." Labori bringt schließlich seine in diesem Sinne lautenden Schlußfolgerungen vor. Die drei Schreibsachverständigen Belhomme, Varinard und Couard erklären, sie würden zivilrechtliche Ansprüche geltend machen. Der Vertheidiger Labori sprach gegen die Zulassung der drei Schreibsachverständigen in diesem Prozesse, da dieselben ihre Ansprüche gegen Zola bereits vor dem Zuchtpolizeigerichtshof anhängig gemacht hätten. Der Gerichtshof zog sich um 2 Uhr zur Berathung hierüber zurück.

Die Verhandlung wird um 3 Uhr wieder aufgenommen. Der Gerichtshof giebt den Beschluß bekannt, daß dem Angeklagten zu gestatten sei, alle in dem Artikel Zola's enthaltenen Thatsachen zu beweisen. Zola dürfte lediglich zum Beweise derjenigen Thatsachen zugelassen werden, welche in seiner Vorladung angezogen seien. — Der Gerichtshof lehnt ferner die Intervention der drei Sachverständigen ab.

Im weiteren Verlaufe der Nachmittagssitzung wird mit dem Aufruf der Zeugen begonnen. Hierauf verliest der Präsident Entschuldigungsschreiben, die von den Zeugen de Pressensé, General de Luzer, Oberst Ramel, Frédéric Passy, Milcent und Dr. Gibert eingegangen sind. Ferner verliest der Präsident eine Zuschrift des Justizministers, worin ihm derselbe bekannt giebt, daß der Kriegsminister vom Ministerrathe nicht ermächtigt worden sei, vor dem Schwurgerichte zu erscheinen, um Aussagen zu machen. Der Vertheidiger Zola's erklärt hierauf, er lege hiergegen alle Verwahrung ein. Weiter wird ein Schreiben von Casimir-Perier verlesen, worin derselbe erklärt, er könne nur über Thatsachen, die in die Zeit nach seiner Präsidentschaft fallen, Aussagen machen. Auch hiergegen legt die Vertheidigung Verwahrung ein. Oberst du Paty de Clam verweigert die Aussagen; darauf erklärt der Vertheidiger Labori, er werde sofort seine Anträge stellen. Er erörtert alsdann die Wichtigkeit der Vernehmung dieses Zeugen und weist insbesondere darauf hin, daß Oberst du Paty de Clam mit den den Oberst Picquart betreffenden Thatsachen im Zusammenhang stehe wie auch mit den Dingen, wegen deren der Untersuchungsrichter Bertulus gegenwärtig eine Untersuchung betreibe. Er beantrage daher, daß du Paty de Clam zur Zeugnißabgabe zu erscheinen habe, unter der Androhung, daß sonst die Angelegenheit auf die folgende Session des Schwurgerichts vertagt werden müsse. Der Generalanwalt erklärt, die Entscheidung hierüber dem Gerichtshof zu überlassen. Labori legt darauf den ganzen Sachverhalt kurz dar. Er erklärt, daß er sich dem Ausschluß der Oeffentlichkeit nicht widersetze; daß bei der Angelegenheit weder Staatsgeheimnisse noch die Landesvertheidigung berührt würde; eine solche Behauptung sei ein schlechter Scherz (plaisanterie). Der Generalanwalt bricht hier in den Ruf aus: „Die nationale Vertheidigung ein Scherz!" worauf Labori heftig erwidert, er gestatte Niemanden, auch dem Generalanwalt nicht, seinen Patriotismus zu verdächtigen. (Beifall.) Hierauf fährt Labori, zu den Geschworenen gewandt fort: „Der Beweis, den wir vor Ihnen, meine Herren, führen wollen, ist so schlagend, daß man ihn nicht zu Tage kommen lassen will; aber ich werde, wenn es sein muß, diesen Beweis allein führen, ohne Zeugen. Wenn ich keinen Erfolg habe, dann wird der Mann, der im Bagno ist, dort, wohin man ihn gebracht hat, bleiben, infolge eines Gesetzes, das eigens für ihn gemacht ist." (Heftiger Widerspruch.)

Der Gerichtshof beschloß, über die verschiedenen Anträge nach Beendigung des Zeugenaufrufs Entscheidung zu treffen. Beim Aufruf der Zeugen erklärte die Vertheidigung nur bei den sieben Offizieren, welche das Urtheil über den Major Esterhazy fällten, daß sie auf deren Vernehmung verzichte, hingegen bestand Labori lebhaft auf der Vernehmung der Richter des Hauptmanns Dreyfus.

Beim Zeugenaufrufe wird auch ein von Frau de Boulancy eingegangenes Schreiben mitgetheilt, in dem sie sich entschuldigt, daß sie keine Aussagen machen könne. Vertheidiger Labori beantragt hierauf, daß die von ihr vor dem Untersuchungsrichter Bertulus gemachten Bekundungen verlesen werden. Der Generalanwalt erhebt Widerspruch dagegen, daß Aussagen aus einer noch nicht beendeten Untersuchung herausgenommen werden. Labori setzt hierauf auseinander, warum er der Vernehmung dieser Zeugin Wichtigkeit beilege; Frau de Boulancy besitze außer dem Ulanen-Brief noch weitere Briefe. Er legte dann die Verfolgungen dar, denen Frau de Boulancy von Seiten des Majors Esterhazy ausgesetzt sei; dieser habe sie mit dem Tode bedroht für den Fall, daß sie die Briefe einem Anderen als ihm aushändige. Unter diesen Briefen befinden sich, fügt Labori hinzu, solche, die beleidigend für die Armee sind und die man noch nicht kennt. Albert Clémenceau unterstützt den Antrag Labori's und verlangt, daß der Gesundheitszustand der Frau de Boulancy festgestellt werde. Noch eine Reihe weiterer Zeugen, darunter der Hauptmann Lebrun-Renault, Oberst Ravary und der Baron de Vaux entschuldigen sich, nicht erscheinen zu können. General Mercier theilt mit, daß er unterlassen werde, der an ihn ergangenen Ladung zu entsprechen. Auch hiergegen erhebt Labori Einspruch, indem er die Bedeutung der Vernehmung auch dieses Zeugen betont. Der Angeklagte Zola versichert, daß General Mercier, der damalige Kriegsminister, den Richtern des Kapitäns Dreyfus ohne Mitwissen des letzteren und seines Vertheidigers ein geheimes aber des Interesses entbehrendes Schriftstück habe zukommen lassen. Wenn dies nicht wahr sei, so möge er morgen hier erscheinen, um dies zu bekunden; wenn es wahr sei, dann habe man den General Mercier nicht weiter nöthig (Bewegung.) Mehrere andere Offiziere verweigern in gleicher Weise die Aussage als Zeugen. Zola erhebt sich und sagt, er möchte wissen, ob diese Personen einem Befehl des Kriegsministers oder ihrem eigenen Antriebe folgten. Der Staatsanwalt erklärt, dies wisse er nicht. General Boisdeffre beruft sich bei der Verweigerung des Zeugnisses auf das Amtsgeheimniß. Da ruft Labori aus: „Man möchte wirklich meinen, daß alle diese Offiziere sich einbildeten, eine Kaste für sich zu bilden, als welche sie über allen Rechten stehen und in keiner Weise den Gesetzen und dem der Justiz schuldigen Respekt unterworfen sind."

Um 4 Uhr 30 Min. wird die Sitzung unterbrochen, damit Labori seine Anträge formuliren kann; nach der Wiederaufnahme der Sitzung verliest Labori seine Anträge, welche dahin lauten, daß die oben genannten Zeugen gezwungen werden sollen, zum Zwecke der Aussage vor dem Gerichtshofe zu erscheinen. Das Gericht vertagt den Beschluß über diesen Antrag auf Dienstag, worauf die Verhandlung, ohne daß sich ein Zwischenfall ereignete, geschlossen wird.

Von Nah und Fern.

* **Ueberreste des „Iltis".** Eine Anzahl Ueberreste von dem am 23. Juli 1896 an der Küste von Schantung untergegangenen Kanonenboot „Iltis" ist kürzlich in der Heimath angekommen und auf Anordnung des Kaisers jetzt im Museum der Marine-Akademie in Kiel als Andenken aufgestellt worden. Es sind nur wenige, aber beredte Zeugen jenes traurigen Schiffsunglücks. Zunächst ist die Schiffsglocke des Kanonenbootes vorhanden, sodann ein Stück der Namentafel mit den Buchstaben S. M. Kb. (Sr. Majestät Kanonenboot); das andere Stück mit dem eigentlichen Namen „Iltis" ist von den Wellen fortgerissen worden. Eine zur artilleristischen Armirung gehörige Revolverkanone und die Schraube des Schiffes sind ebenfalls aufgefunden und nach Kiel geschafft worden. Endlich sind noch zwei Brocken desjenigen Felsgesteins, auf den der „Iltis" bei unsichtigem Wetter auflief, und an dem er zerschellte, von dem Chef der Kreuzerdivision nach Deutschland gesandt worden.

* **Kurz und bündig.** Frl. Sch. zu Kl.-Tuchen war im Begriff, den Besitzer G. zu Bernsdorf zu ehelichen, da erfuhr sie, daß ihr Schatz 10 Jahre älter war, als er ihr gegenüber angegeben hatte; kurz entschlossen sagte sie deshalb vor dem Standesamt „Nein" und — der Bräutigam tröstete sich, indem er sich mit einer anderen Maid verlobte.

* **Landsberg a. W.**, 4. Februar. Vor dem hiesigen Landgericht stand heute unter der Anklage der Verleitung zum Meineid und der verleumderischen Beleidigung der 1830 geborene Fleischermeister Louis Löffler aus Soldin. Der Angeklagte befindet sich seit dem 9. November 1897 in Untersuchungshaft. Er wurde wenige Tage nach der Verhandlung gegen den Klempnermeister Max Zeidler aus Soldin, der sein Werkzeug bei der Strafthat gewesen ist, verhaftet. Zeidler wurde am 2. November v. Js. wegen verleumderischer Beleidigung zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt. Er hatte als Zeuge in einem Ehescheidungsprozeß gegen die Frau des Kaufmanns Kampfert, dessen Schwester die Frau des Löffler ist, fälschlich ausgesagt, daß er in den Jahren 1883—1886 fortgesetzt unlauteren Verkehr mit Frau Kampfert auf deren Veranlassung unterhalten habe. Nur dem Umstand, daß von seiner Vereidigung Abstand genommen wurde, hatte er es zu danken, daß er nicht wegen Meineids belangt werden konnte. Der Angeklagte Löffler nun hat den Zeidler zu der falschen Aussage angestiftet, weil er Aussicht hatte, das Vermögen des Rentiers Kampfert zu erben, wenn dessen Frau von ihm geschieden war. Der Staatsanwalt beantragte gegen Löffler wegen Verleitung zum Meineide 5 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer. Die Familie Löffler habe das Eheglück Kampferts untergraben und den Ehemann Kampfert geradezu hypnotisirt, an die Untreue seiner Frau zu glauben. Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten sowohl der Verleitung zum Meineide als auch der verleumderischen Beleidigung schuldig und erkannte auf 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

* **Zebra-Zähmung.** Lieutenant a. D. Bronfart v. Schellendorff, welcher seit etwa anderthalb Jahren am Kilimandscharo für Straußen- und Zebrazucht thätig war, ist, wie bereits kurz gemeldet, wieder hier eingetroffen. Es ist ihm gelungen, eine

---

Unter schwerem Verdacht.

Erzählung von **F. Arnefeldt.**

6)

„Das ist Ihr Werk, Herr Justizrath. Da steht der Mann, der Dich zur Bettlerin gemacht hat, Irma."

„Eine Bettlerin ist Fräulein Irma, Gott sei Dank, noch nicht, und würde sie, so lange ich da bin, nicht sein, wenn ihr aus dem Nachlaß ihres Vaters auch gar nichts zugefallen wäre", entgegnete würdevoll der Justizrath, „mein Freund Harms . ."

„Nennen Sie den Schurken nicht, der sein einziges Kind bestehlen konnte", unterbrach ihn Frau Wewetzer.

Jetzt aber erhob sich Irma. Sie war todtenbleich, aber der Thränenstrom schien plötzlich versiegt, und mit tiefer, gebietender Stimme sagte sie: „Tante, kein Wort gegen meinen Vater, heute nicht und niemals. Er hat recht gehandelt," wandte sie sich zum Justizrath, „besser kann Niemand über einen großen Besitz verfügen, als er gethan. Wenn er mich doch nur ein wenig geliebt hätte! Ich möchte so gern stolz darauf sein dürfen, seine Tochter zu sein!"

„Du darfst es, mein liebes Kind, diese Worte geben Dir ein volles Recht darauf," antwortete der Justizrath und schloß sie in seine Arme. „Komm jetzt, alles Weitere berathen wir in einer späteren Stunde."

Ein Schreckensschrei unterbrach ihn. Die Frau Professor Wewetzer, welche sich mit hochmüthigem Achselzucken von ihm und Irma abgewendet und einige Schritte gegen die Thür zu gethan, hatte ihn ausgestoßen. Arnold Färber taumelte ihr entgegen; Niemand, der ihn sah, konnte zweifeln, daß er stark betrunken sei.

Der Saal besaß mehrere Ausgänge, und aus diesen war ein großer Theil der bei der Verlesung des Testaments Anwesenden, sobald dieser beendet war, hinausgeströmt. Man hatte es sehr eilig gehabt, fortzukommen, um den Inhalt des Testaments weiter zu verbreiten und sich als den glücklichen Empfänger eines Legats oder Mitbetheiligten an der Fabrik den Theilnehmern oder Neidern vorzustellen. Auch Arnold Färber, der, nachdem er seine Flaschen leer getrunken, in den Hausflur und die Treppe hinaufgetaumelt war, hatte die Bemerkungen der Leute gehört und mehrmals war das Wort an sein Ohr geschlagen: „Die Tochter ist enterbt!"

Das hatte seinen bis dahin vergnügten Rausch in einen zornigen verwandelt. Kaum erblickte er seine Tante, da schrie er:

„Darum Räuber und Mörder! Darum Abdallahs Zaubertrank versalzen! Schad' um den Schnupfen, den ich mir in der Nacht geholt habe."

„Arnold, was schwatzest Du denn da für unsinniges Zeug!" rief Frau Wewetzer und wollte auf ihren Neffen zustürzen, aber schon hatte einer der noch anwesenden Herren ihren Arm ergriffen und hielt ihn eisenfest. Der Trunkene fuhr jetzt in einem weinerlichen Ton übergehend und zuletzt laut fort:

„Eigentlich macht — ich — ich mir gar nicht viel aus dem Mädchen. Aber — aber Tante sagte — das viele Geld — das — das wollt' ich nicht den Oswald schlucken lassen — das —"

„Arnold!" schrie Frau Wewetzer, und wollte sich losreißen, aber es gelang ihr nicht und der Trunkene schwatzte jetzt wieder lachend weiter:

„Testament machen — die kleine Irma aufs Pflichttheil setzen, so haben wir doch nicht gewettet, Herr Harms. Wollte sein Leben nicht versichern — warf den Agenten aus dem Hause. Mußte doch dran glauben. Ha, ha, ha! Hab' alles gehört! Der Liebestrank — Abdallah — hab's ihm besorgt. In den Garten geschlichen — das Fläschchen vertauscht! Und nun ist's doch umsonst — nun mag ich sie nicht. Meinetwegen kann der Assessor sie nehmen. Das Gift, das Gift, kein Mensch weiß, daß ich's gewesen bin — — —"

„Was — was wollt Ihr von mir, Oswald Harms ist's gewesen!" schrie er auf und schlug um sich, denn er fühlte sich von hinten gepackt. Sein Widerstand war bald gebrochen, heulend fiel er Kunz in die Arme, der sich herangeschlichen und seiner bemächtigt hatte. Ein paar Arbeiter ergriffen ihn und schleppten ihn aus dem Saale.

„Aber meine Herren, Sie werden doch auf dieses Geschwätz nichts geben, Sie sehen ja, daß der Unglückliche sinnlos betrunken ist!" rief die Frau Professor und sah sich hilfeflehend im Kreise um. Sie begegnete nur kalten und strengen Mienen und der Justizrath sagte:

„Der Wein erfindet nicht, er schwatzt nur aus, das Zitat dürfte Ihnen bekanntsein, meine Gnädige. Dr. Färber hat in seiner Trunkenheit so viel verrathen, daß, wie ich glaube, seine sofortige Verhaftung verfügt werden wird."

„Und Oswalds Entlassung!" flüsterte Irma. „Ich wußte es ja, die Wahrheit mußte an den Tag kommen!"

Wie verklärt hob sich das bleiche Gesicht.

VII.

Arnold Färber fand sich, als er nach vielen Stunden aus einem schweren, todtenähnlichen Schlaf erwachte, zu seinem grenzenlosen Staunen in einem ihm völlig unbekannten, nur mit den allernothwendigsten Gerätschaften ausgestatteten Gemach auf dürftigem Lager wieder. Durch das in ziemlicher Höhe angebrachte und vergitterte Fenster fiel der Schein des jungen Tages.

Verstört rieb er sich die Augen und schaute um sich. Wo war er nur? Was war mit ihm vorgegangen? Hatte er wieder einmal Raufhändel gehabt und war ins Polizeigewahrsam gebracht worden? Da hätte man ihn doch aber mit andern zusammengesperrt und ihm nicht die Ehre der Einzelhaft angethan. Dennoch konnte der Ort, an dem er war, nur ein Gefängniß sein.

Er legte die Hand an die schmerzende Stirn und sann und sann, und langsam und allmählig kam ihm die Erinnerung an den gestrigen Tag, an dem im Harms'schen Hause Testamentseröffnung gewesen war, an den Justizrath, der ihn verhindert hatte, dabei zu sein, an den guten Trunk, den er inzwischen gethan, sowie an den wunderlichen Traum, der er dann gehabt.

Plötzlich sprang er mit beiden Beinen zugleich vom Lager.

„Hab ich das etwa nicht bloß geträumt?" schrie er. „Hab ich in meiner Trunkenheit mich um den Hals geredet? Ich muß wissen, wo ich bin." Er stürzte zur Thür, und als er sie verschlossen fand, donnerte er mit beiden Fäusten dagegen.

Ein Gefängnißwärter kam und verwies ihn zur Ruhe. Hochfahrend fragte er, aus welchem Grunde und mit welchem Rechte man ihn ins Gefängniß gebracht.

„Das werde er erfahren, sobald der Herr Amtsgerichtsrath ihn zum Verhör vorführen lasse, für den Augenblick könne er sich aber wieder niederlegen und noch ein paar Stunden seinen Rausch ausschlafen," antwortete der Mann und machte die Klappe des runden Fensters in der Thür wieder zu.

Färber suchte wohl das Lager von neuem auf, den guten Rath, noch ein paar Stunden zu schlafen, vermochte er jedoch nicht zu befolgen. Angstvoll wälzte er sich von einer Seite auf die andere und fragte sich, was und wie viel er gestern in seinem Rausche ausgeschwatzt haben möge.

„Verwünschter Wein," murmelte er, „aber er war zu gut. Brächte man mir jetzt eine Flasche davon herein, ich tränke sie leer und stände Todesstrafe darauf." Er schnalzte mit der Zunge.

„Arg kann's nicht werden, es ist niemand im Stande, mir etwas zu beweisen," tröstete er sich dann, „und aus mir soll keiner etwas herausbringen."

Diesem Entschlusse gemäß legte er sich denn beim ersten Verhör völlig aufs Leugnen. Er sei sinnlos betrunken gewesen und möge tolles Zeug geschwatzt haben, könne sich aber auf nichts mehr besinnen. Es sei so viel von dem Liebestrank und dem Gift und dem Testament die Rede gewesen, daß es wahrlich kein Wunder sei, wenn diese Dinge den Leuten im Traume und, was ungefähr das Gleiche wäre, im Rausche vorgekommen wären. Ferner stellte er entschieden in Abrede, je vorher in der Stadt und im Harms'schen Hause gewesen zu sein.

Der Untersuchungsrichter vernahm die Harms'schen Dienstboten; keiner erinnerte sich, den Doktor Färber früher im Hause gesehen zu haben, doch meinte das Küchenmädchen, sie hätte zu Kunze gesagt, der Doktor Färber komme ihr bekannt vor, sie wisse nur nicht, wo sie ihn hinbringen solle. Letzterer habe gemeint, er ähnele dem Versicherungsagenten, den der Herr kürzlich hinausgeworfen habe, nur hätte der schwarzes Haar und einen großen schwarzen Schnurr- und Kinnbart gehabt, während Färber fuchsig und bartlos sei, und habe jener eine Brille getragen und Doktor Färber sehe mit bloßen Augen recht scharf.

Der Untersuchungsrichter ließ sämmtliche Diener und Dienerinnen des Harms'schen Hauses nochmals zusammenkommen und ihnen den Dr. Färber mit schwarzer Perrücke und schwarzem Bart, einer Brille und einem weichen Filzhut, während er jetzt immer einen Cylinder getragen, vorführen. Nunmehr er-

Heerde von dreißig Zebras in einem großen Kraal zu fangen, und die ersten Zähmungsversuche sind so günstig ausgefallen, daß man die besten Hoffnungen auf die Zukunft setzen kann. Dieser Erfolg ist von großer Wichtigkeit gerade jetzt, wo die Transportfrage in unseren afrikanischen Kolonien zur Lebensfrage geworden ist, und wir bisher kein brauchbares Zugthier haben, welches das Klima verträgt. Pferde, Esel, Maulthiere sind fast alle einem baldigen sicheren Tode geweiht, dagegen ist das im Lande geborene Zebra immun. Daß das Zebra nicht zähmbar sei, muß heutzutage nach den Erfolgen des Barons Rothschild in London, Cecil Rhodes u. a. m. ins Gebiet der Fabel verwiesen werden. Am Kilimandscharo ist ein solider Grund zu regelrechter Zucht dadurch gelegt, daß die Thiere in großen Kraals, wo sie ihre Lebensbedingungen haben, gehalten und ganz allmählich an Futterwechsel und Arbeit gewöhnt werden. Man kann es im kolonialen Interesse nur wünschen, daß dieser Erfolg zu weiteren Versuchen auf dem gewonnenen Boden anregen möge.

* **Eine hübsche Leistung des Büreaukratismus** wird der „Frankfurter Zeitung" aus Rom mitgetheilt. Die Wittwe eines höhern Beamten hatte im verflossenen September wegen Unpäßlichkeit das Haus nicht verlassen, also auch die Pension nicht erheben können. Im Oktober will sie darum für zwei Monate erheben, aber der Beamte will nur für Oktober zahlen, weil die Wittwe nur für diesen Monat das Zertifikat dafür, daß sie noch lebt, beigebracht hatte. „Aber was brauche ich denn ein Lebenszertifikat für den September? Wenn ich im Oktober noch lebendig bin, bin ich doch im September nicht todt gewesen," sagt die Wittwe. Nutzt aber nichts. Sie muß von dannen gehen, um sich die Septemberbescheinigung zu verschaffen.

Aus den Provinzen.

Danzig, 7. Febr. Das auf der hiesigen Schichau'schen Werft umgebaute Panzerschiff „Baiern" soll zum 1. März in Dienst gestellt werden und dazu die 350 Mann starke Besatzung des in Wilhelmshaven zum Zweck des Umbaues außer Dienst gestellten Panzerschiffes „Württemberg" an Bord nehmen. Die Mannschaft ist einstweilen in der Marinekaserne in Kiel untergebracht und soll Ende dieses Monats in einem Sonderzug hierher befördert werden. — Herr Oberst Mackensen, der bisherige Kommandeur des 1. Leibhusaren-Regiments, soll, wie in höheren militärischen Kreisen bestimmt verlautet, nur verhältnißmäßig kurze Zeit Dienste als Flügeladjutant thun und bereits zum Herbste ein Kommando als Brigade-Kommandeur erhalten.

Braunsberg, 6. Febr. Der Fischhändler Ulke aus Petse wollte gestern Nachmittags mit einer Ladung Fische von Pfahlbude nach Pillau segeln, konnte aber bei dem heftigen Sturme von Nordwest aus dem Hafen nicht aufs freie Wasser, sondern mußte umkehren und benutzte zur Ausfahrt die Mündung der Passarge. Kaum war er jedoch eine kurze Strecke auf dem Haffe, als der Sturm das Fahrzeug voll Wasser schlug und die Wellen es zu verschlingen drohten. In dieser Noth hißte der Schiffer ein Stück Sacktuch als Nothflagge hoch an den Mast, das von Pfahlbude aus bemerkt wurde. Der Sohn des Gastwirths Koskowski unternahm sofort auf einem Boote die Fahrt zu den Schiffbrüchigen, um die Rettung auszuführen. Ihm folgten später noch weitere 8 Schiffer, und es gelang den Leuten, den Händler nebst Frau und Sohn zu retten. Das Fahrzeug schöpfte man aus und schleppte dasselbe nach vieler Mühe aufs Land, was nach großer Anstrengung erst spät Abends gelang.

Danzig, 7. Febr. Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern Vormittag auf unserem Hauptbahnhofe ereignet. Der 63jährige Streckenarbeiter Friedrich Schielke war daselbst mit dem Reinigen von Personenwagen eines Zuges beschäftigt. Als nun die Rangirmaschine vorgesetzt wurde und der Train sich in Bewegung setzte, sprang Sch. auf das Trittbrett eines Waggons, glitt aber aus und gerieth unter die Räder, welche ihm über den Körper hinweggingen. Hierbei wurde ihm der rechte Arm vollständig vom Rumpfe getrennt, außerdem erlitt der Unglückliche noch eine Quetschung des rechten Schulterblatts. Bei diesem Unglücksfall liegt lediglich eigenes Verschulden vor. Der Verunglückte hat sich durch seinen Diensteifer hinreißen lassen, den Wagen zu besteigen, um während der Fahrt weiter reinigen zu können.

Tiegenhof, 6. Februar. Bei der Entwässerungs-Genossenschaft Fürstenquerweide-Goldberg (Kreis Elbing) sind neu gewählt worden: Hofbesitzer Jakob Reich als Genossenschafts-Vorsteher, Hofbesitzer Johannes Funk und Martin Pollakowski als Beigeordnete und Hofbesitzer Kornelius Bestvater (sämmtl. in Rosenort) als stellvertretender Beigeordneter.

Stuhm, 6. Febr. In der Versammlung des katholischen Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung wurde beschlossen, in diesem Frühjahr sofort mit dem Umbau und der Vergrößerung der Kirche zu beginnen. Aus der vorhandenen Kirche soll eine Kreuzkirche hergestellt, der alte Bretterthurm beseitigt und ein Spitzthurm aufgeführt, sowie eine neue Thurmuhr angeschafft werden. Der Kostenanschlag schließt mit 92000 Mark ab; davon giebt ein Drittel der Fiskus, zwei Drittel sollen von der Gemeinde aufgebracht werden.

Thorn, 6. Februar. Erhebliches Aufsehen macht hier ein Selbstmordversuch, den gestern Abend Frau Rektor Lindenblatt ausführte. Dieselbe begab sich in der Dämmerung an die Weichsel. Beim Schankhause III legte sie einen Theil ihrer Kleidung ab und sprang dann in den Strom, der sie gleich fortrieb. Zwei auf einem Holzlagerplatze beschäftigte Leute wurden durch ihr Geschrei aufmerksam. Es gelang denselben, die Frau mit einer Stange den Fluthen zu entreißen. Die Gerettete wurde zuerst in ihre Wohnung und dann in's Krankenhaus geschafft. Mehrere Anzeichen sprechen dafür, daß dieselbe die That in einem Anfalle von Geistesstörung verübt hat. Es haben sich bei ihr in letzter Zeit Spuren von Verfolgungswahnsinn gezeigt.

Aus dem Kreise Rosenberg, 6. Febr. Der Herr Regierungspräsident hat dem Käthner Karl Marks zu Sommerau, dessen Wohnhaus im August v. J. gänzlich niederbrannte und dem dabei ein Kind in den Flammen umkam, eine Beihilfe von 120 Mk. zum Wiederaufbau des Hauses bewilligt.

Berent, 6. Febr. Wie leichtfertig noch immer hier auf dem Lande bei Aufbewahrung von geladenen Gewehren verfahren wird, bewies die letzte Schöffengerichtssitzung. Der Bauer Johann Sinnak aus Raduhn hatte sich ein Jagdgewehr geliehen, um, wie er sagte, Raubzeug und tolle Hunde zu schießen und hatte dasselbe in seiner Wohnstube an einem Balken aufbewahrt, während sich die Zündhütchen in einer Schieblade der Nähmaschine befanden. An einem Tage zu Anfang des Monats September, als die Eltern abwesend waren, nahm nun der 14jährige Sohn des Sinnak das Gewehr von seinem Aufbewahrungsorte herab, spannte den Hahn des geladenen Laufes, setzte ein Zündhütchen, das er sich aus der Schieblade genommen hatte, auf und drückte ab. Der Schuß krachte und traf die in der Stube befindliche Wladislawa Poblotzki in den linken Oberarm und zerschmetterte diesen so, daß eine Amputation des Armes erfolgen mußte. Sinnak wurde deshalb wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt, sein Sohn wurde mit Rücksicht auf seine Jugend für straffrei erklärt.

□ **Mohrungen**, 7. Febr. In ihrer letzten Sitzung beschäftigten sich die hiesigen Stadtverordneten zum dritten Male mit der Neuregulirung der Lehrergehälter und wurden folgende Sätze aufgestellt: Für den Rektor Grundgehalt 1350 Mk. Alterszulagen je 150 Mk. und Miethsentschädigung 350 Mk., für den Prorektor bezw. 1150 Mk. 150 Mk. und 250 Mk., für die Lehrer Grundgehalt 1000 Mk., Alterszulagen 130 Mk. und Miethsentschädigung 200 Mk. Nach diesen Sätzen wird das Höchstgehalt der Lehrer um 230 Mk. geringer sein, als nach dem Vorschlage des Magistrats und der Königl. Regierung, weshalb die Lehrer hoffen, daß die Regierung diese Sätze nicht bestätigen wird.

Königsberg, 5. Febr. Emil Arnoldt, ein nicht nur in unserer Stadt, sondern weit über deren Grenzen hinaus bekannter und hochgeachteter Gelehrter, feierte heute in völliger geistiger und körperlicher Frische seinen 70. Geburtstag. Die Bedeutung dieses zwar nicht durch Titel und Würden, wohl aber durch Geist und Charakter hervorragenden Mannes macht es — schreibt die „K. Hart. Ztg." — zur Pflicht, seiner zu gedenken. Am 6. Februar 1828 in Plibischken bei Insterburg als Sohn des dortigen Pfarrers geboren, studirte Arnoldt seit 1846 an unserer Albertina Geschichte und Philosophie und wurde 1853 zum Dr. phil. promovirt. Seine Beziehungen zu Rupp und ein in Rupps „Volksboten" erschienener Artikel aus seiner Feder „Die freien Gemeinden und die Regierungen" trugen ihm neben mancherlei polizeilichen Maßregelungen (er erhielt wiederholt Ausweisungsbefehle, denen er sich jedoch mit Erfolg widersetzte) auch eine Gefängnißstrafe ein. Er trat darauf aus der evangelischen Landeskirche aus, ohne sich jedoch einer anderen Religionsgemeinschaft anzuschließen. In der Konfliktszeit betheiligte sich Arnoldt lebhaft an der politischen Bewegung. Als Privatdozent an der Albertina las Arnoldt über Philosophie, stellte indessen 1878 seine Vorlesungen ein; die Regierung hatte dem wiederholten Vorschlage der Fakultät, ihn zum Professor ordinarius zu machen, die Bestätigung versagt. So wurde er, ähnlich wie vor ihm Rupp, dem akademischen Lehrberufe, zu dem er nicht gewöhnliche Eigenschaften mitbrachte, entzogen. Seine fördernde und begeisterte Einwirkung wurde von nun ab nur einem kleineren Kreise aufrichtiger Verehrer zu theil, dem er theils philosophische, theils literarisch-ästhetische Anregung durch Interpretation der Kant'schen Lehre und der klassischen Dichtwerke bietet. In der Wissenschaft ist ihm durch seine zum Theil grundlegenden Arbeiten auf dem Gebiet der Kantforschung ein dauernder Name gesichert.

Allenstein, 7. Febr. Rentier Schimanski, welcher noch gestern — Sonntag — Abend im Kreise seiner Angehörigen gelebt und sich fröhlich unterhalten hatte, fiel gegen 11 Uhr desselben Abends in seiner Behausung plötzlich um und war sofort todt. Der herbeigerufene Arzt soll Herzschlag festgestellt haben.

Lyck, 7. Febr. Die masurische Volkspartei hat als Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Lyck-Johannisburg-Oletzko den Besitzer Opitz aus Siedliska aufgestellt.

Stolpmünde, 5. Febr. Heute ist die aus drei Personen bestehende Besatzung des verunglückten Fischerbootes Nr. 36 durch das Rettungsboot „Generalpostmeister" der Oststation gerettet worden.

---

kannten ihn Kunze und das Küchenmädchen wirklich als den Versicherungsagenten, dem sein Besuch bei dem verstorbenen Harms übel bekommen war, und das Hausmädchen behauptete sogar, er müsse ihn wiederholt haben, denn sie hätte ihn bei Frau Bennewitz gesehen. Die habe ihn im Hausflur abgefertigt und sie habe im Vorübergehen gehört, wie sie zu ihm gesagt, sie hätte keine Zeit, sie müsse in den Garten, wo Assessor Harms auf sie warte.

„War das etwa am Tage vor der Abreise des Herrn Assessors?" fragte der Untersuchungsrichter.

Das Mädchen legte die Hand an die Stirn, sann nach und sagte mit voller Bestimmtheit: „Ja, an dem Morgen war es, Herr Amtsgerichtsrath."

„Warum erfahre ich erst jetzt davon?" fragte der Untersuchungsrichter streng, und weinerlich erwiderte das Mädchen:

„Ach nehmen Sie's doch nur nicht übel, Herr Rath. Ich hatte es ganz vergessen. Es kamen so oft Leute, die dem Herrn etwas verkaufen wollten und zuerst mit Frau Bennewitz sprachen, daß mir das nicht weiter auffiel."

Das war richtig und dem Mädchen um so weniger ein Vorwurf zu machen, als der Untersuchungsrichter selbst weiter gar kein Gewicht darauf gelegt, als ihm Frau Bennewitz wortreich erzählt hatte, wie sie durch den Besuch des Versicherungsagenten aufgehalten worden sei, als sie zu dem Assessor Harms nach dem Garten gehen wollte.

Er ließ letztere jetzt vorführen und sich den Versicherungsagenten genau beschreiben. Seine Frage, ob sie den Menschen wieder erkennen würde, bejahte sie, und als ihr nun Färber in seiner Verkleidung vorgestellt wurde, erklärte sie mit der größten Bestimmtheit, er sei es gewesen, und wiederholte noch einmal alles, was sie mit ihm gesprochen hatte.

„Aber was hilft mir der?" fügte sie dann seufzend hinzu. „Er hat doch kein Gift in die Flasche gegossen. Das hat niemand gethan, als der Assessor Harms, das liegt doch klar zu Tage!"

Der Untersuchungsrichter wußte es jetzt schon besser.

Arnold Färber bemühte sich noch immer zu leugnen. Er sah sich jedoch mehr und mehr in die Enge getrieben, auch wurde sein durch ein ausschweifendes Leben entnervter Körper schon durch ein paar Tage Haft derartig heruntergebracht, daß ihn jede Willenskraft verließ, und so bequemte er sich denn bald zu einem umfassenden Geständniß.

Trotz seines wenig einwandfreien Lebenswandels hatte er sich von jeher der großen Gunst seiner Tante Wewezer erfreut, die ihn stets in Schutz nahm, ihm, so weit ihre Mittel dies nur gestatteten, Geld zusteckte und den Plan entworfen hatte, ihn mit Irma, der einzigen Tochter des Millionärs Harms, zu verheirathen, obwohl sie sich nicht verhehlen konnte, daß Oswald Harms ihm dabei im Wege stehe. Bei ihrer Verblendung für den Neffen hatte es ihr aber ein Leichtes geschienen, daß er jenen ausstechen, wenn er nur wolle, und sie hatte beständig auf ihn eingeredet, er solle sich doch nur ordentlich halten und angenehm bei Irma machen, dann könne es ihm ja gar nicht fehlen, den Preis zu erringen.

Färber hatte nicht viel Lust verspürt, sein Leben zu ändern und am allerwenigsten mochte er dies thun, ohne zu wissen, ob der Gewinn den Einsatz lohne. Darum wollte er vor allen Dingen sich erst vergewissern, ob Irma wirklich die Erbin ihres Vaters sei oder doch wenigstens einen großen Theil von dessen Vermögen zu erwarten habe. Er war nach dem Wohnort des Fabrikbesitzers Harms gefahren, hatte, um später nicht wieder erkannt zu werden, sich durch Perrücke, Bart und Brille ein ganz anderes Aussehen gegeben und sich als Versicherungsagent vorgestellt. Zwar hatte ihn Harms nicht anhören wollen und als der Besucher aufdringlich wurde, hinausgewiesen. Färber hatte indeß die Bekanntschaft der Haushälterin gemacht, den Besuch wiederholt und mit besserem Erfolg. Sie hatte ihm gesagt, ein Testament wäre noch nicht vorhanden, werde aber in den nächsten Tagen und zwar völlig zu Irmas Ungunsten gemacht werden.

Gern würde er noch mehr erfahren haben, aber Frau Bennewitz war eilig gewesen und hatte ihn mit den Worten stehen lassen, sie müsse in den Garten, wo Assessor Harms sie erwarte.

Assessor Harms, sein Rival! Was konnte der anders mit der Haushälterin zu verhandeln haben, als Irmas Aussichten bei ihrem Vater? Das Gespräch mußte er mit anhören. Vorsichtig war er ihr nachgeschlichen und hatte hinter dem Gebüsch verborgen einen großen Theil der Unterredung zwischen ihr und dem Assessor erlauscht.

„Da packte mich der Versucher und ließ mich nicht wieder los!" gestand er, als er in seiner Erzählung so weit gekommen war, beinahe schluchzend. „Ich konnte verhindern, daß Irma nicht Universalerbin ihres Vaters ward, und mir gleichzeitig den unbequemen Mitbewerber um ihre Hand vom Halse schaffen. Assessor Harms gab der Haushälterin so tolle Verhaltungsmaßregeln, als habe er es eigens darauf abgesehen, sich in die Patsche zu bringen, wenn mit dem vermeintlichen Liebestrank etwas schief gehen sollte.

Ich schlich mich unter dem Schatten der Bäume ungesehen davon, fuhr nach Berlin, holte mir Gift, was zu erlangen für mich als Chemiker keine großen Schwierigkeiten hatte, und kehrte mit einem Abendzuge zurück an den Ort der That.

Wieder im Gebüsch verborgen, wartete ich im Harms'schen Garten. Die Zeit wurde mir entsetzlich lang, es schlug halb und drei Viertel vor elf und noch immer lag keine kleine Flasche auf weißem Papier unter der Eiche. Als ich die Thurmuhr elf schlagen hörte, glaubte ich, Harms habe den Scherz wohl aufgegeben, aber gleich darauf kam er, lustig ein Liedchen trällernd, legte die kleine Flasche und den großen Bogen unter den Baum und entfernte sich mit den lachend gesprochenen Worten: „Wohl bekomm's!"

Kaum war er verschwunden, so schlüpfte ich hinter dem Baum hervor, nahm das Fläschchen und vertauschte es mit einem andern, das ich mitgebracht hatte. Mein Geschäft war damit beendet, aber ich vermochte den Garten nicht zu verlassen, ich war wie an die Stelle hinter der Eiche gebannt. Dreimal wollte ich hervorkommen, meine Flasche an mich nehmen und die unschädliche wieder an die Stelle legen, immer wieder unterließ ich es. Es konnten nur noch wenige Minuten an zwölf fehlen. Jetzt wollte ich hervorstürzen und den Umtausch noch im letzten Augenblick bewirken. — Zu spät! Ich hörte Schritte. Die Haushälterin kam. Das Verhängniß nahm seinen Lauf.

Ich wartete, bis sie ins Haus zurückgekehrt war: in der hellen Julinacht ließ sich die Gestalt mit den Blicken verfolgen — dann erst verließ auch ich den Garten und begab mich auf dem kürzesten Wege nach dem Bahnhof. Ich hatte in Berlin Retourbillet genommen und konnte ohne Aufsehen in einen Wagen des Nachtzuges steigen. Es war schon Tag, als ich meine Wohnung in Berlin erreichte, aber meine Wirthsleute waren es gewohnt, mich zu solchen Stunden nach Hause kommen zu hören.

Der nächste Tag verging mir in großer Aufregung, ich wagte mich erst nicht zu meiner Tante, aus Furcht, ich könne mich verrathen; erst am Abend entschloß ich mich doch dazu und fand dort den soeben vom Besuch bei seinem Onkel zurückgekehrten Assessor. Ich mochte ihn nie leiden. An dem Tage behandelte er mich aber mit einem solchen Hochmuth und nahm Irma so ganz allein für sich in Beschlag, daß ich einen wilden Haß gegen ihn empfand und mich meiner That freute.

Am nächsten Morgen mußte die Bombe platzen. Ich hielt mich in der Nähe der Wohnung meiner Tante auf, sah einen Telegraphenboten ins Haus gehen und folgte ihm nach kurzer Zeit. Wie ich erwartet, fand ich die Tante und Irma in der größten Aufregung. Sie wollten sofort abreisen; ich erbot mich, sie zu begleiten. Während wir noch sprachen, kam auch Assessor Harms, der ebenfalls ein Telegramm erhalten hatte.

„Warum wollten Sie mitreisen, da die Damen an dem Assessor doch Begleitung genug hatten und Sie hier ganz überflüssig waren?" schaltete hier der Untersuchungsrichter ein.

„Ich — ich wußte doch, daß er nicht lange auf freiem Fuß bleiben konnte," stammelte Färber, „und ich hätte es nicht in Berlin ausgehalten."

(Schluß folgt.)

Literatur.

§ Eine Brautausstattung, welche viel bemerkt werden dürfte, ist in der soeben zur Ausgabe gelangten Februar-Nummer der „**Illustrirten Wäsche-Zeitung**", Verlag John Henry Schwerin, Berlin W. 35, zur bildlichen Darstellung und Erläuterung gekommen. Auch Wäscheartikel für Konfirmanden (Knaben und Mädchen), Reformkleidungsstücke, Hemdhosen, Kinderkleidchen und Schürzen, Wäsche für Herren, Monogramm-Kombinationen u. v. a. bringt diese Nummer, sowie einen großen, doppelseitigen Schnittmusterbogen, wonach man alles, auch die gesammte Brautausstattung, sich selbst anfertigen kann. So ist die „Illustrirte Wäsche-Zeitung" ein wahrer Schatz für die Hausfrau und auch der Braut ein guter Rathgeber und Beistand, um alles auf's beste und billigste herzustellen und einzukaufen. Das prächtige Gebrauchsblatt mit Zuschneidebogen zu jeder Nummer kostet nur 60 Pfg. vierteljährlich und ist zu beziehen durch sämmtliche Buchhandlungen und Postanstalten. Gratis-Probenummern durch erstere und den Verlag.

§ Frühjahr und Confirmation, das sind zwei Dinge, die so unzertrennlich sind wie Sonnenschein und Blumen, und beide haben denn auch in dem illustrirten Universalblatt für die Familie „**Mode und Haus**", Verlag John Henry Schwerin, Berlin W. 35, in Wort und Bild eine liebevolle Behandlung und Darstellung gefunden. Prächtige Moden-Genrebilder, wie sie in solcher Lieblichkeit und künstlerischen Durchführung wohl selten ein Moden- und Familienblatt geziert haben, schmücken die 3. Februar-Nummer; auch Gesellschaftsbilder und ungezählte Details, sowohl in Kindergarderobe, wie in Garderobe, Wäsche, Putz 2c. der Großen, wobei zu bemerken ist, daß zu allen in „Mode und Haus" dargestellten Modenbildern Schnitte genau nach angegebenem Körpermaß gratis (35 Pfg. für den Kindermodenschnitt, 50 Pfg. für Erwachsene, Selbstkosten) geliefert werden. Schnittmusterbogen, Humorbeilage, Aerztlicher Rathgeber, Belletristik und Hausfrauenzeitung (beide illustrirt), Praktischer Rathgeber u. v. a. lassen den Abonnementspreis von nur 1 Mk. vierteljährlich kaum nennenswerth erscheinen. Besonders zu empfehlen ist die 1¼ Mk.-Ausgabe mit achtseitiger Romanbeilage, mehrfigürlichem Stahlstich-Modencolorit und Musterfrisuren. Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und bei der Post. Erstere und der Verlag liefern auch Gratis-Probenummern.